

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement - Preis ... Einzelne Nummer 5 Pfg. ...

Erste Seite.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Interaktions-Gebühr

Betragt für die festgesetzte Anzahl ...

Telegraphen-Adresse ...

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Sonntag, den 28. Januar 1917.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Neue Kämpfe an der Somme.

Feindliche Vorstöße bei La Bassée und Chilly — Vergeblicher französischer Angriff auf Höhe 304 — Gewinn an der Aa gehalten.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 27. Januar 1917. (B. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Armee des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg.

Südwestlich von Dixmude wurde ein belgischer Posten von 10 Mann ohne eigenen Verlust aufgehoben.

Seereschutzgruppe Kronprinz Rupprecht.

Südlich des Kanals von La Bassée scheiterten mehrere durch Feuer vorbereitete Vorstöße englischer Abteilungen.

Südöstlich von Chilly wurden gegen unsere Gräben vorbringende Franzosen abgewiesen.

Eigene Erkunder fanden bei Barleur die feindliche erste Linie leer.

Seereschutzgruppe Kronprinz.

Dem schlagelagerten Nachanriff der Franzosen gegen die von uns gewonnenen Stellungen auf Höhe 304 folgte in den Morgenstunden ein weiterer Angriff, der gleichfalls blutig zusammenbrach.

Bei Manhuise in der Somme, auf der Combres-Höhe und im Wand-Bogen westlich von St. Mihiel drangen Aufklärungsabteilungen in die französischen Gräben ein und holten etwa 20 Gefangene heraus.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Westlich der Aa konnten auch neue Verstärkungen der Russen das von unseren Truppen erlämpfte Gelände nicht zurückgewinnen.

Front des Generaloberst Erzherzog Joseph.

Zwischen Cosina- und Putna-Tal nahmen deutsche und österreichisch-ungarische Streifabteilungen dem Feinde 100 Gefangene ab.

Bei der Seereschutzgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

und an der Mazedonischen Front ereignete sich nichts von Bedeutung.

Der Erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

Abendbericht.

Amtlich. Berlin, den 27. Januar. Abends. Zwischen Ancre und Somme und auf beiden Aa-Ufern zeitweilig rege Kampftätigkeit der Artillerie.

Der österreichische Bericht.

Wien, 27. Januar 1917. (B. L. B.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen des Feldmarschalleutnants v. Raiz brachten bei ihren Streifungen im Putna- und Cosina-Tal 300 Gefangene ein.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Geschäftigkeit und Fliegertätigkeit waren im Górzischen lebhafter als gewöhnlich. In der Gegend des Dobersdo-Sees hielt das Artillerie-Bataillon in unverminderter Stärke bis gegen Mitternacht an.

Südöstlicher Kriegsschauplatz

Nichts Neues. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Hofer, Feldmarschalleutnant.

Englands Kriegsziele.

Von Heinrich Cunow.

In der Antwortnote, die nach wochenlangen Erwägungen die Ententemächte dem Präsidenten der Vereinigten Staaten überreicht haben, schweigt sich, obgleich der Grundtext dieser Note in London fertiggestellt ist, die englische Regierung vorzüglich über ihre Kriegsziele aus.

Fast englischer „Cont“. Zunächst hat England schon eine recht ansehnliche Beute für sich vorweggenommen, indem es Ägypten annektierte und als englischen Besitz erklärte. Sodann aber nennt die Entente in ihrer Antwortnote an Wilson als eines ihrer obersten Kriegsziele: „Die Befreiung der Bevölkerung, die der blutigen Tyrannei der Türken unterworfen sind, und die Entfernung des Osmanischen Reiches aus Europa“.

Franzosen und Internationale.

Ein holländisches Urteil.

Das Niederländische Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Bureaus hatte Vandervelde als den Vorsitzenden des Komitees erwählt, bei der englischen und französischen Partei darauf zu dringen, daß sie Vertreter zu einer Zusammenkunft der belgischen und niederländischen Komiteemitglieder entsenden möchten.

Die französische Partei hat mit dreizehn gegen elf Stimmen es abgelehnt, an dieser Sitzung teilzunehmen. Das holländische Parteiorgan „Der Volk“ nennt diese Weigerung dumm und erinnert die Mehrheit der französischen Partei daran, daß sie ein gewagtes Spiel spielt und eine entscheidende Verantwortung auf sich lädt.

Es steht ja in der Veröderung in der Sammlung der proletarischen Kräfte zur Einwirkung auf einen Frieden im Sinne der sozialistischen Forderungen einen Freipaß für alle imperialistischen Heber zur Fortsetzung des Krieges und Eroberung und Befestigung der großkapitalistischen Herrschaft.

Das holländische Parteiorgan will aber trotzdem, daß die niederländische Delegation im Exekutivkomitee verbleibe, da der französische Beschluß nur ein letzter, verzweifelter Versuch ist, die Entwicklung aufzuhalten, und erwartet, daß die französische Partei wieder zum normalen Denken einer Abteilung der Internationale zurückkehre.

Keine Konferenz der Neutralen.

Bern, 26. Januar. Die Agence Havas meldet aus dem Haag, auf Ansuchen der Schweiz sei der holländische Gesandte in Stockholm mit der Einleitung von Verhandlungen über die Frage der Einberufung einer Konferenz der Neutralen zur Besprechung der wirtschaftlichen Lage nach dem Kriege beauftragt worden.

Sazonow Londoner Botschafter.

Petersburg, 27. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Ernennung Sazonows zum Botschafter in London ist amtlich bekanntgegeben worden.

An vierzehn Tage liegt die erste Nachricht von der Ernennung Sazonows zurück, die als ein Aufstieg des über ein Jahr lang aus den engen Kreisen der Regierung Beiseitigten gedeutet wurde und zugleich die Frage ausbrachte, ob der Londoner Posten nicht einer Realstellung gleichkomme.

Ein neues Gerücht, das der „Rjetsch“ weitergibt, und auf das im „B. L.“ Bezug genommen wird, mißt wieder einmal den Eggenalismus Großfürsten Nikolai ins Spiel. Seit dem Stillstand der russischen Offensive in Moldanien und den Dikarpaten und erst gar seit dem Niederbrechen Rumaniens lassen Pressemeldungen ihn an allen Fronten herumreisen, und jetzt heißt es, er werde nach Petersburg übersiedeln, um das Amt eines Diktators, das der Zar ihm verliehen habe, zu verwalten.

Die Duma-Opposition traut dem Restrikt ohne dies nicht, wie eine Erklärung Kapsniks, Mikulows, Schidlowstis und anderer beweist, auf die in der „Vostischen Zeitung“ hingewiesen wird. Diese Dumaführer erklären einstimmig, daß die im Zarenrestrikt an Goltzin erwähnten Reformen nur von einer Regierung durchgeführt werden können, die Vertrauen zur Duma und zum Volke habe.

Was England schon seit vielen Jahrzehnten mit rücksichtsloser Energie erstrebt, ist die völlige Herrschaft über die Küsten Arabiens und über Mesopotamien, die völlige Beherrschung des Seeweges nach Indien und des Persischen Golfes; und es ist ganz zweifellos, daß es bei einer Aufteilung des Osmanischen Reiches die genannten Gebiete mit allem Nachdruck als seinen Anteil fordern würde.

Und wie steht es mit den eroberten deutschen Kolonien? Gedankt England sie, wenn die Entente die von ihr in der Antwortnote an Wilson aufgezählten Kriegsziele erreicht hat, kurzweg zurückzugeben, trotzdem das britische Südafrika und Australien dringend die Annexion der in ihrem Bereich liegenden deutschen Kolonien und deren Angliederung an ihr Gebiet fordern?

Was das Lloyd George'sche Kabinett dazu bewegen hat, sich vorläufig auszuschweigen, ist ausschließlich das Bestreben, sich nicht auf bestimmte Kriegsziele festzulegen und dadurch bei späteren Verhandlungen an selbst aufgestellte Forderungen gebunden zu sein, vor allem aber das Bemühen, in den neutralen Staaten den Anschein aufrechtzuerhalten, als wäre England gar keinen wirtschaftlichen Vernichtungskrieg gegen Deutschland, sondern opfere sich tatsächlich für das Wohl der kleinen Nationen und die Ansprüche seiner Alliierten auf.

Indes ist die Erwerbung der deutschen Kolonien keineswegs für England die Hauptsache. Sein Hauptziel ist, Deutschlands politische und wirtschaftliche Machtstellung so zu schwächen, daß weder Deutschland noch Rußland, noch Frankreich auf dem europäischen Festland ein Uebergewicht erlangen, sondern sich diese Mächte derart das Gleichgewicht halten, daß das geschieht, worfür sich England entscheidet, der europäischen Kontinent also wieder völlig unter Englands Diktum gestellt wird.

Finanzkraft, die in England als die ökonomische Grundlage der deutschen Wehrmacht gelten, geschwächt werden.

Dies wird nicht ganz offen von der englischen Presse als Kriegsziel verkündet. Die offene Drohung mit der Vernichtung seines Wirtschaftslebens könnte leicht das deutsche Volk zu noch größerer Anspannung seiner Kräfte bewegen. Man verfährt diplomatisch, indem man unter Entleerung demokratischer Redewendungen erklärt, der deutsche Militarismus müsse gebrochen und die deutsche Flotte derart gestaltet werden, daß sie keine Bedrohung der englischen Seemacht mehr bilde. Nur hin und wieder wird unter der Formel, das ehemalige politische Gleichgewicht müsse auf dem europäischen Kontinent wiederhergestellt werden, zugegeben, daß es sich für England darum handelt, einen lästigen Wirtschaftskonkurrenten los zu werden und Deutschlands Machtstellung möglichst herabzudrücken. Wie die englische Presse argumentiert, zeigt der „Observer“, der die Antwortnote an Wilson folgendermaßen kommentiert:

„Es wird in der Note der Entente nichts von England und der Zukunft der von den Alliierten eroberten deutschen Kolonien gesagt. Im allgemeinen verlangt das englische Mutterland nichts für sich selbst. Südafrika, Australien und Neu-Seeland sind freie Domänen, jedes mit seiner Monroe-Doktrin. Sie werden nie gegeben, daß eine deutsche Gefahr wieder in ihrer Nachbarschaft aufsteht. Was die anderen feindlichen Kolonien betrifft, so wird viel von dem System abhängen, das in Deutschland selbst bestehen wird und von dem Werte der Garantien, die für die Erhaltung eines zukünftigen Friedens gegeben werden. Niemand denkt daran, das deutsche Volk aller billigen wirtschaftlichen Ausflüchten zu berauben. Aber der Handel darf nie mehr dem Militarismus dienlich gemacht werden. Deutschland wird keinen Douanen freit seines Kolonialbesitzes jemals wieder zuzurückhalten, wenn es nicht vollkommen sichere Garantien für sein zukünftiges gutes Verhalten gibt. Abgesehen von diesen Bedingungen wünschen wir nicht, das deutsche Volk ausreißender wirtschaftlicher Gelegenheiten außerhalb seiner Grenzen zu berauben.“

Also England will „im allgemeinen“ kein deutsches Kolonialgebiet annehmen, aber die englischen Kolonien lassen nicht zu, daß Deutschland seine Kolonien sämtlich wieder zurückerhält. Nur einen Teil davon darf Deutschland allenfalls zurückerhalten — aber Bedingung ist, daß es zuvor sein System ändert und Garantien bietet, die England befriedigen, d. h. Deutschlands Unterordnung unter die englischen Machtansprüche gewährleisten. Zwar ganz voll das deutsche Volk nicht der Aussicht beraubt werden, sich wirtschaftlich wieder zu erheben, aber seine Wirtschaftskonkurrenz muß der „Billigkeit“ entsprechen — und was als billig und angemessen zu gelten hat, bestimmt England.

Das ist tatsächlich das Ziel, das sich, aller schönen Phrasen entkleidet, die englische Bourgeoisie gestellt hat. Deshalb ist es eine naive Selbsttäuschung zu meinen, England sei schon heute zu einer Friedensverständigung bereit. Zu einer Verständigung wird es erst dann bereit sein, wenn es sieht, daß es keine Aussicht mehr hat, im jetzigen Kriege seine Pläne durchzuführen. Die schöne Formel, es solle jedem Land verbleiben, was es zu Beginn des Krieges befehlen hat, macht in England keinen Eindruck. Selbst die Herausgabe Elsass-Lothringens an Frankreich, die Abtretung des Trentino an Italien, die Annexion Siebenbürgens durch Rumänien, die Wiederherstellung Serbiens usw. vermögen England nicht zu genügen, denn solche Zugeständnisse lassen Deutschland immer noch die Möglichkeit, sich bald wieder zu erholen. Sie vernichten das Ansehen nicht, das Deutschland sich bei den Völkern Südosteuropas erworben hat, und verhindern nicht, daß Deutschland nach dem Frieden mit den Balkanvölkern ein Bündnis schließt. Deshalb muß Deutschland noch englischer Ansicht zu geschwächt werden, daß es in Jahrzehnten nicht wieder zu erstarren vermag.

Das ist die Forderung, die bald offen, bald halb versteckt immer wieder aus den Kriegszieldiskussionen der englischen Presse hervortritt, und zwar nicht nur aus Blättern vom Schloß der „Times“ und „Morning Post“, sondern nicht minder aus demokratischen und sozialistischen angeführten Blättern. So erklärt z. B. „New Statesman“, dessen Mitglieder zum Teil aus sozialistischen Fabriern bestehen, in seiner Nummer 195, daß alle in der Antwortnote der Entente verlangten Zugeständnisse wenig Wert hätten, solange nicht Deutschlands Kraft gebrochen und ihm nicht die Fortsetzung seines Verhältnisses zu seinen Verbündeten unmöglich gemacht würde.

In jedem Fall werden sie (Deutschland mit seinen Verbündeten) sich so lange getrennt bleiben und die europäische Lage beherrschen, als nicht die militärische Kraft Deutschlands gebrochen ist. Das ist es, was unsere Verbündeten meinen, wenn sie erklären, sie seuchen nicht gewisser Grenzen wegen, sondern um den Sieg. Untersuchungen wir, was damit gemeint ist. Nehmen wir an, Deutschland wäre bereit, Frankreich und Belgien zu räumen und dem letzteren verschiedene Entschädigungen zu zahlen, ferner Rußland-Polen, die baltischen Provinzen und Serbien zu räumen, die Bulgaren zum Abzug aus Serbien und Mazedonien zu zwingen, und Österreich zu veranlassen, das Trentino an Italien auszuliefern, so gehen wir noch weiter und nehmen wir an, daß sogar Deutschland bereit wäre, Elsass-Lothringen mit Frankreich zu teilen, Trentino an Italien zu übergeben und auf seine Kolonien zu verzichten, Bedingungen, die, obgleich Deutschland bereit ist, sich im Westen „generös“ zu zeigen, weil über die Zugeständnisse hinauszugehen, die es bisher zu machen willens war —, selbst wenn wir alles das von Deutschland gegen die dringende von ihm begehrte Gewährung eines sofortigen Friedens erhalten könnten, hätte doch ohne Frage Deutschland den Krieg gewonnen; denn es würde ihm noch immer die Möglichkeit bleiben, wenn auch nicht zurzeit, die Gebiete in der europäischen Festland zu spielen, ohne daß irgendwelche Aussicht auf künftige Freigabe dieser Oberhoheit bestände.“

Deshalb, so führt der „New Statesman“ weiter aus, könnten alle die genannten Zugeständnisse der Mittelmächte nicht genügen; Deutschland müsse mehr entkräftet werden.

Das ist klar und deutlich. Wer sich nicht absichtlich selbst aus irgendwelchen Gründen über Englands Absichten täuschen will, der sieht, daß sein Kriegsziel in der völligen politischen und wirtschaftlichen Schwächung Deutschlands besteht. Und dieses Ziel verfolgt nicht etwa nur die Masse des englischen Bürgertums, sondern bis auf kleine pazifistisch-sozialistische Gruppen, die politisch gar nicht in Betracht kommen, auch die englische Arbeiterklasse. Tatsächlich ist ein Teil der englischen Finanzwelt weit mehr zu einer halbwegs billigen Friedensschließung bereit, als die englische Arbeiterklasse, wie denn auch der „Genosse“ Henderson, der jetzige Arbeitsminister im Lloyd Georgeschen Kabinett kürzlich offen erklärt hat: „Was das Verhältnis zwischen Deutschland und seinen Verbündeten anbelangt, so ist es unmöglich, zum Status quo zurückzuföhren, und das allein würde es unmöglich machen, in dem Verhältnis zwischen Deutschland und seinen Feinden den Status quo ante bellum anzunehmen. Wir können nicht eine so starke und in so ras-

cher Stellung stehende Militärmacht ertragen, wie sie durch Deutschland, Österreich, die Türkei und Bulgarien, unter Deutschlands Aufsicht wirksam verbunden, dargestellt würde.“

Wirkungen der Botschaft Wilsons.

„Die Charta des zivilisierten Weltalls.“

Paris, 26. Januar. Gavas meldet: Die Kammergruppe der unifizierten Sozialisten, die aus 89 Mitgliedern besteht, hat heute eine Tagesordnung angenommen, welche die Botschaft Wilsons mit Freude bezeichnet. Die Auffassung von einem Frieden, der sich auf den freien Willen der Völker und nicht auf Waffengewalt gründe, eine Auffassung, die eine Erbschaft der französischen Revolution sei, müsse die Charta des zivilisierten Weltalls werden. Die Tagesordnung schließt, indem sie die Vertreter aller kriegführenden Nationen auffordert, um die Zukunft einer friedlichen Zivilisation sicher zu stellen, einen Druck auf ihre Leiter auszuüben, damit der edle Versuch, welcher der Menschheit durch Wilson dargeboten worden sei, ehrlich unternommen werde.

Die mißverständene Botschaft.

Paris, 26. Januar. „Reit Parisien“ meldet aus Washington, die Tatsache, daß die Botschaft Wilsons im Auslande nicht aufgenommen worden sei, was man in Amerika eigentlich nicht erwartet habe, zeige, daß die Botschaft mißverstanden worden sei. Voraussetzungen werde von amtlicher Seite eine neu genauere Erklärung abgegeben werden.

Der englische Schiffsbau in Bedrängnis.

Das Meer reißt die Hände aus der Produktion und die Produktion, auf die auch das Meer angewiesen ist, fordert die Hände zurück, weil sie ihre Aufgaben nicht mehr lösen kann. Von diesem Kriegszustand fühlt sich der englische Schiffsbau schmerzlich bebrängt. Wie dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London gemeldet wird, widmet der Marinemitarbeiter der „Daily News“ dem ersten Charakter des U-Bootkrieges einen längeren Artikel. Er schreibt darin:

Die Warnung, die Jellicoe vor einigen Monaten ausgesprochen habe, sei nicht genügend beachtet worden. In den letzten neunzig Tagen seien 470 Schiffe in den Grund gebrochen worden, darunter 187 englischer Nationalität. Der Verfasser des Artikels gibt an, daß es schwierig sei, die neuen U-Boote mit ihrem großen Aktionsradius zu bekämpfen und fordert das Publikum auf, selbst an der Bekämpfung der Gefahr dadurch mitzuarbeiten, daß es weniger eingeführte Luxusartikel verbräuche und daß für den Bau von mehr Schiffen gesorgt werde.

In einem Leitartikel schreibt die „Daily News“ über denselben Gegenstand:

Während Deutschland die Schiffe in den Grund bohrt, bauen wir in einem Augenblick, in dem wir so viel Schiffe als möglich herstellen sollten, nicht genug, um den riesigen Verlust wettzumachen. Wir bauen viel weniger als in normalen Zeiten und zwar aus denselben Gründen, warum wir auch weniger Lebensmittel in unserem eigenen Lande anpflanzen, nämlich, weil wir nicht über die nötigen Arbeitskräfte verfügen. Schiffe mit einem Inhalt von hunderttausenden von Tonnen warten auf ihre Fertigstellung. Man nimmt an, daß wir im Juni 700 000 Tonnen vom Stapel lassen können und wenn wir uns gegen den Angriff Deutschlands entsprechend wehren wollen, so müssen wir diese Schiffe auch um jeden Preis fertigbringen. Das kann aber nur geschehen, wenn wir alle geschulten Arbeiter, die in der Armee oder anderswo aufzutreiben sind, zum Schiffsbau verwenden. Sold und Meer müssen verpflegt und mit Vorräten versorgt werden. Deutschland geht darauf aus, unsere Zufuhr abzuschneiden. Es ist keine einzige Aussicht, zu retten. Wir müssen diesem Ausbungerungsstichzug auf unseren Seeden und noch mehr auf unseren Schiffswerften entgegenarbeiten.

Wie der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet wird, beschloß die englische Regierung, daß der Wetterbau der bereits in Angriff genommenen Personendampfer eingestellt und alles für den Bau von Frachtschiffen verwendet werden soll.

Der Dezemberverlust der englischen Flotte.

Archibald Hurd stellt nach der „N. B. Ztg.“ im „Daily Telegraph“ fest, daß im Monat Dezember 1916 162 englische Schiffe mit 419 000 Tonnen versenkt worden seien, seit Anfang des Krieges 1245 englische Schiffe mit 2947475 Tonnen. Hurd warnt die Regierung und das Volk, eine Blockierung Englands durch U-Boote als unmöglich zu verpöhlen.

Der nationale Hilfsdienst in England.

London, 27. Januar. Der Generaldirektor des nationalen Dienstes Neville Chamberlain hat am 21. Januar in einer Rede in Birmingham mitgeteilt, er werde demnächst Rekruten für ein Nationaldienstkörpers aufrufen, das die sonst unablösblichen Männer militärischen Alters in bürgerlichen Betrieben ablösen solle. Dieser neue Rekrutierungsplan setze die freiwillige Dienstübernahme durch Männer von 18 bis 60 Jahren voraus. Die Frauen würden vorläufig noch nicht aufgerufen werden. Das Nationaldienstkörpers werde dem neuen Ministerium zur Verfügung stehen. Die Mitglieder erhielten die normalen Löhne. Männer, die bereits Arbeit von nationaler Wichtigkeit verrichteten oder in der Munitionsindustrie tätig seien, würden sich trotzdem einschreiben lassen müssen, und das Ministerium werde Männer, die schon in einem wichtigen Betriebe arbeiten, aus einer Fabrik, wo sie nicht so nötig seien, in eine andere versetzen können. Der ganze nationale Dienst solle sich auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit aufbauen. Wenn das keinen Erfolg habe, werde man möglicherweise zum Dienstzwang übergehen.

Da die internationale Konkurrenz im Einschiffen von Menschenkraft in die Dienste des Krieges ohne Grenzen ist, wird dieser Weg von der Freiwilligkeit zum Zwang, den die Engländer schon bei der Organisation des Heeresdienstes kennen lernten, sehr wahrscheinlich auch im Nationaldienst bis zu Ende abgeschrieben werden.

Die Aufgaben der Reichskriegskonferenz.

Die „Morning Post“ vom 17. Januar erhofft große Dinge von der Reichskriegskonferenz und schreibt:

Die Reichskriegskonferenz, bei der Vorden für Kanada, Bard und Rollen für Rußland, Smuts für Südafrika und wahrscheinlich Hughes für Australien zugegen sein werden, wird hoffentlich große Dinge zustande bringen. Sie wird folgende Fragen zu erörtern haben:

1. Die Friedensbedingungen des britischen Reiches.

2. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit des britischen Reiches von seinen möglichen Feinden in Bezug auf Rohmaterial.

3. Die Verbesserung und Stärkung der wirtschaftlichen Organisation der Produzenten verschiedener Branchen, wie zum Beispiel die neuerdings erfolgte Verbindung zwischen der Zigarettenindustrie und der elektrischen Maschinenindustrie zum Zweck gegenseitiger Stärkung.

4. Die Verwirklichung des Cecil Rhodes'schen Kap-Sairo-Planes. Dazu gibt uns jetzt die politische Lage eine nie wiederkehrende Gelegenheit. Die Reichskriegskonferenz darf diese Gelegenheit, Afrika englisch zu machen, nicht vorbegehen lassen.

Der fromme Wunsch, den schwarzen Erdteil für England mit Beschlag zu belegen, wird erst nach dem englischen Sieg Erfüllung finden. Bis dahin ist noch ein Stück Weg.

Die Schwierigkeiten einer vollständigen Blockade.

Paris, 26. Januar. Bei der Verhandlung im Senat über die Interpellationen betreffend Maßnahmen zur Verstärkung der Blockade gegen Deutschland und zur Verhinderung der Ausfuhr von für die Landesverteidigung unentbehrlichen Landeserzeugnissen machte Cazeneuve darauf aufmerksam, daß Frankreich, ohne es zu wollen, Deutschland mit Tiermehl und Seife versorge, und zwar durch Vermittlung der Schweiz, und verlangte Verstärkung der Blockade in dieser Hinsicht Namens der Regierung setzte Denis Cochin, Minister ohne Portefeuille, die Schwierigkeiten einer vollständigen Blockade auseinander, erklärte aber, die Verträge mit der Schweiz böden genügende Bürgschaften; eine Verletzung Deutschlands mit Blei und Kupfer durch Vermittlung der Schweiz hielt er für unwahrscheinlich. Er schloß: Wenn wir Deutschland durch Hunger zu bezwingen suchen, so geschieht es, um die Freiheit unseres Vaterlandes zu sichern. Wir bleiben den liberalen Ideen treu, die stets die untrüglichen sind; das soll uns aber nicht hindern, uns mit allen rechtmäßigen Waffen, auch der Blockade, zu verteidigen. Auf Ersuchen des Ministers wurde die einfache Tagesordnung durch Handheben angenommen.

Die Entscheidung mit der Pistole vor der Brust.

London, 27. Januar. „Daily Chronicle“ meldet aus Athen, daß die griechischen Kreeber den Vorschlag der Alliierten, die griechischen Schiffe zu horzen, angenommen haben. Wegen der transatlantischen Schiffe wird ein besonderes Abkommen getroffen werden.

Der Beschluß, der unter schwerstem Zwang gefaßt wurde, bedeutet die Hinopferung der griechischen Handelsflotte für die Zwecke der Entente. Inzwischen hat Griechenlands Erfüllung der Forderungen des Ultimatus in der Fortdauer der von der Entente verhängten Blockade nicht geändert. Durch die Charterung der Handelschiffe — für militärische Zwecke — werden die Wirkungen, auf die jene Blockade ausgeht, nunmehr sogar zum guten Teil andauern, selbst wenn die Blockade aufgehoben wird.

Der Sieg an der Höhe 304.

Ueber die Erstürmung der französischen Verteidigungsanlagen auf der östlichen Seite der vielumstrittenen Berggruppe 304 in einer Ausdehnung von 1600 Metern schreibt unser Npr-Mitarbeiter:

Das Unternehmen war von uns sorgfältig vorbereitet worden. Nach einer eingehenden Artillerieartigkeit, die noch unterstützt wurde durch unsere Pioniere und Minenwerfer, konnte der angelegte Angriff in vollem Umfange durchgeführt werden. Die Franzosen wurden hierbei durch gleichzeitig vorgetragnene Unternehmungen auf beiden Flanken der Hauptangriffsstelle, d. h. also im Gebiete des „Toten Mannes“ und nordöstlich von Avocourt, über unseren eigentlichen Plan in Unkenntnis gehalten, so daß sie nicht instande waren, den Schwerpunkt ihrer Gegenmaßnahmen rechtzeitig auf ihr Großsystem bei der Höhe 304 zu legen.

Die strategische Bedeutung unseres Erfolges basiert in der Hauptsache auf der großen Wichtigkeit des Geländes an und östlich der Höhe 304. Diese Erhebung ist circa zwei Kilometer von dem wichtigen Dorfe Esnes entfernt und von diesem noch durch eine Tallenke und einen sich hieran anschließenden kleineren Berggraben getrennt. Durch den Verlust der französischen Gräben ist eine Lücke in die feindliche Verteidigungsfront geschlagen worden, die fast förmig sich auf Esnes hin erstreckt und die dabei gleichzeitig in der Höhe 304 selbst einen hervorragenden artilleristischen Stützpunkt besitzt. Um den durch unseren Vorstoß erlittenen Nachteil wieder auszugleichen, wird die französische Heeresleitung gezwungen sein, nunmehr zum mindesten eine stärkere Belegung des gesamten Geländes vorwärts Esnes anzuordnen, obgleich sie durch die Höhen 299, 310 und 339 hart östlich des Dorfes günstige Artilleriestützpunkte hat.

Unsere neue Frontlinie bei Verdun und speziell auf dem linken Maasufer ist nunmehr durch eine Reihe von natürlichen Stützpunkten gestärkt, die den Franzosen bei weiteren Gegenangriffen den stärksten Widerstand entgegenzusetzen werden. Dies ist zunächst der Höhenrücken des „Toten Mannes“ mit der Erhebung 205, dann die jetzt erweiterte Stellung auf der Berggruppe 304 und anschließend hieran unsere Waldstellungen in den Wäldern von Malancourt und Avocourt.

Frankösischer Heeresbericht vom 26. Januar, nachmittags. Auf dem linken Maasufer griffen gestern die Deutschen gegen Ende des Tages nach heftiger Beschließung an vier Stellen der Front vom Gehölz von Avocourt bis östlich des Toten Mannes an. Durch Sperrfeuer, Infanterie- und Maschinengewehrfeuer abgeschlagen, mühten die Angreifer gegen ihre Gräben zurückzugeben. Nur einigen Abteilungen gelang es, in vorgehobene Teile eines Abchnittes auf der Höhe 304 einzudringen. Bei diesem Angriff erlitten die Deutschen sehr hohe Verluste und ließen zahlreiche Leichen vor unseren Linien, insbesondere im Gehölz von Avocourt. Während der Nacht verlugten die Deutschen, gegen keine französische Posten nördlich von Eschly (Somme) und nordöstlich von Vigné (zwischen Duse und Aisne) Handreichte, die mißlangten. Im Oberesah verlugten die Deutschen bei Vorgängen nach heftiger Beschließung ihre Gräben an zwei Punkten. Unser Artilleriefeuer hielt diesen Versuch glatt auf. Gelächterfeuer mit Unterbrechungen auf der übrigen Front.

Abends: Nach neuen Nachrichten ist der gestrige feindliche Angriff auf dem linken Maasufer außerordentlich heftig gewesen; mehrere deutsche Regimenter nahmen daran teil, der Kampf führte an einigen Punkten bis zum Handgemenge. Am Morgen setzte uns ein lebhafter Gegenangriff unserer Truppen in der Gegend der Höhe 304 wieder in den Besitz des größten Teils der Grabenstübe, in die der Feind eingedrungen war. Schließlich lebhafter Beschließung auf dem rechten Maasufer in der Gegend von Sezondauz-Loubeumont, in der Boeure-Ebene, im Abschnitt von Regniövill und im Abschnitt von Beho (östlich von Lunéville).

Ostafrika hält sich!

London, 26. Januar. Amtlicher Bericht aus Ostafrika. Generalleutnant Hoskins übernahm den Oberbefehl als Nachfolger von Smuts am 26. Januar. Rüdlich und südlich des unteren Rufidji und im Delta des Flusses weichen deutsche Abteilungen in der Richtung auf Uete und den Altembe-See vor unseren vorrückenden Kolonnen zurück. Kleine feindliche Abteilungen wurden mit höheren europäischen Offizieren in diesem Gebiete gefangen genommen. In der westlichen Zone ziehen sich starke feindliche Kräfte südlich aus der Richtung Mahenge und des Ruhubje-Flusses zurück. Eine vorgeschobene Abteilung dieser Kräfte war in Kituju, 35 Meilen nordöstlich von Songea, isoliert und wurde nach einer eine Woche dauernden Einschließung und nach erstem Kampfe am 24. Januar gezwungen, sich einer Kolonne unserer Truppen zu ergeben. Vier deutsche Offiziere, darunter der Offizier, der bisher das deutsche südliche Detachement befehligte, ferner 85 andere Europäer, 200 Maschinengewehre, ein 28-Millimeter-Geschütz und 2 Maschinengewehre kamen bei der Uebergabe in unsere Hände. Weiter nördlich nimmt der Kampf in diesem Gebiet in der Nachbarschaft von Ujinga seinen Fortgang.

In einer Order an den Staatssekretär des Reichskolonialamts spricht der Kaiser der ostafrikanischen Schutztruppe, die seit 30 Monaten abgeschnitten von jeder Verbindung mit der Heimat und nur mit den einfachsten Mitteln versehen einer übermächtigen Uebermacht gegenübersteht, seine hohe Anerkennung aus.

Wilson und England.

Der Leser der alldeutschen Presse hält sich fest überzeugt, daß Wilson ein gefälliger Handlanger Englands und gefährlicher Schädling Deutschlands sei. Just dieselbe Meinung hat aber die hauptstädtische Presse Englands von dem amerikanischen Präsidenten, der noch ihr der Deutschfreundlichkeit dringend verdächtig ist und der nur auf den Augenblick war, um den Verbandsmächten in den Rücken zu fallen und sie, besonders durch den Erfolg eines Ausführeboten für Kriegsbedarf, schwer zu treffen. Die „National Review“ schreibt, daß die Vereinigten Staaten englandfeindlich seien und von ihrer Antipathie nicht zu bekehren waren, auch wenn England 200 Millionen Mark jährlich für „Propagandazwecke“ an seine geschicktesten jungen Journalisten gezahlt hätte.

„Es gibt Dinge, die sich nicht ändern lassen und zu denen gehört der historische Haß gegen alles Englische, der in die großen Massen der amerikanischen Kinder eingepflanzt ist und dauernd durch die englandfeindliche Presse aufrechterhalten wird. In jedem 4. Juli wird die englische Flagge in der großen amerikanischen Republik öffentlich verbrannt. . . . Welchen Krieg England auch führen mag, die Sympathien der Vereinigten Staaten sind immer auf der Seite seiner Gegner, ohne Rücksicht auf die Kriegsbursche oder den Lauf der Kriegereignisse.“ Das sind natürlich Uebertreibungen, aber in den Uebertreibungen steckt ein wahrer Kern.

In Deutschland, wo die Kenntnis der auswärtigen Dinge minimal ist, ist man sich im Kriege niemals der Tatsache bewußt geworden, daß die Vereinigten Staaten vor noch nicht allzu langer Zeit jede Gelegenheit benutzten, um England eins auszuwichen. Von dem Unabhängigkeitskriege und dem zweiten englisch-amerikanischen Kriege an, der infolge der englischen Seeherrschaft am Schluß der Koalitionskriege gegen Napoleon ausbrach, läßt sich dafür eine sehr stattliche Zahl von Belegen anföhren. Die „National Review“ hat auch damit recht, daß die amerikanischen Kinder in den Schulen England als Erbfeind schildern sollen und daß der Nationalfeiertag als Erinnerung an die Erlangung der Unabhängigkeit von England juri nicht englandfreundliche Gesühle auslöste. Die Amerikaner hatten sogar für ihre Vorliebe, England eins zu versehen, ein eigenes Sprüchlein geprägt: „Dem Löwen auf den Schwanz zu treten.“

Aber eines vergißt die „National Review“ oder will sie vergessen: daß die englische Regierung und die englische Presse seit zwei Jahrzehnten, genauer gesagt, seitdem Deutschland an den Bau einer Hochseeflotte in der Nordsee heranging, mit allem Eifer die alten Antipathien in den Hintergrund drängte. Im spanisch-amerikanischen Kriege nahm das kontinentale Europa für Spanien Partei, England für die Vereinigten Staaten. Die Spanier waren dafür nicht unempfindlich und bedankten sich, indem sie den Buren moralische Unterstützung verweigerten. England verjagte auf seine Rechte am Panamakanal und gab bei der Festsetzung der Grenze Kanadas gegen Mexiko und im Streit um die Neufundländer Fischereirechte mit systematischer Beharrlichkeit nach, und zwar in einer Weise, daß sich in Kanada lebhafte Widerstand regte und der ehemalige kanadische Ministerpräsident Laurier die Frage aufwarf, ob die Dominion mit einer eigenen auswärtigen Politik, unabhängig von Downing Street, nicht besser fahren. Den Lohn dieser Augen Politik erntet heute Groß-Britannien. Es hat sich, was die „National Review“ verschweigt, die Freundschaft der meisten Amerikaner erworben, alle Antipathien verdrängt und sich dadurch für die Auseinandersetzung mit Deutschland den Rücken freigemacht.

Diese Politik war vom englischen Standpunkte höchst weise, und die einzige Frage, die sich aus ihr ergibt, ist die, ob Deutschland nicht durch eine ähnliche Politik hätte versuchen können, sich den Rücken in Europa frei zu machen, mit anderen Worten, die von Bismarck gefürchtete Koalition feindlicher Mächte sich nicht bilden zu lassen.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 26. Januar. Bericht des Generalstabes. **Rajebonische Front:** Westlich vom Prespa-See schwache Gewehrfeuer unter den Feldwachen. Zwischen Prespa-See und der Cerna schwache Artillerietätigkeit. Im Cerna-Bogen vereinzelte Kanonenschüsse. In der Gegend von Poglana vereinzeltes Gewehrfeuer, Minenwerfer und Geschützschuß. Schwache feindliche Abteilungen versuchen gegen Wjstkas vorzugehen; sie wurden aber durch Artilleriefeuer zurückgedrängt. Im Bardar-Tal schwache Geschützfeuer; längs der Süabhänge der Pelagija-Planina und an der Struma vereinzeltes Geschützfeuer. An der Front am Westlichen Meere haben feindliche Schiffe die Küste westlich von der Mündung der Nista ergebnislos beschossen. **Rumänische Front:** Zwischen Tulcea und Mah-mudie Geschütz- und Infanteriefeuer zwischen beiden Ufern des St. Georgsarmes. Feindliche Monitore haben vom Sulina-Kanal aus Priblava beschossen.

London, 26. Januar. „Times“ meldet aus Teheran vom 23. Januar: Intensive Kälte mache alle militärischen Operationen unmöglich.

Das türkische Vorrücken in Persien.

Der amtliche Bericht des türkischen Generalstabes meldet vom 24. Januar von der **Perlischen Front:** Der östlich von Deletabad zurückgeworfene Feind zeigt seinen Rückzug in Richtung nordöstlich von Dizabad und südöstlich von Tula fort.

Wegführung politisch unverlässlicher Serben

Aus dem österreichischen Kriegspressequartier wird unter der Ueberschrift „Russenlügen“ gemeldet: Petersburger Zeitungen haben die Nachricht verbreitet, daß 400000 Serben nach Ungarn und Oesterreich deportiert und in Konzentrationslager gebracht worden seien. Diese Nachricht ist unwahr. Es wurden lediglich in politischer Hinsicht unverlässliche Wehrfähige interniert, deren Zahl nur einen geringen Bruchteil der in den russischen Blättern genannten beträgt.

Der Krieg auf den Meeren.

Serben. Das dänische Ministerium des Meeres teilte mit: Bei der Verlenkung des dänischen Dampfers „Gropatyr“ am 22. 12. kamen durch Zusammenstoß des Unterseeboots mit einem Schiffsboot und dem Schiff der Kapitän und ein Matrose um. Der hiesige deutsche Gesandte drückte dem Ministerium des Meeres gegenüber das aufrichtige Bedauern der deutschen Regierung anlässlich des traurigen Unglücksfalls aus, durch den zwei brave Seeleute ihr Leben eingebüßt hätten. — Die italienische Flotte meldet, ist der italienische Dampfer „Taormina“ (1526 Tonnen) versenkt worden. Lloyd's Register gibt einen norwegischen Dampfer von 1345 Br.-R.-Tonnen und einen italienischen Dampfer von 8205 Br.-R.-Tonnen an; es ist zweifelhaft, um welchen von beiden es sich hier handelt. Der dänische Schooner „St. Peter“ ist gleichfalls versenkt worden. Bei Lloyd's werden folgende drei Schiffe als vermisst bezeichnet: „Gildawell“ von Westharpool (2494 Br.-R.-Tonnen), „V. E. R. J.“ von Havre und „Seafisher“ von Barrow. Auch von der „Louise Anne“ aus Lannion, die am 15. November von Swansea aufgeföhren ist, hat man seitdem nichts gehört. Ferner meldet Lloyd's als versenkt den schwedischen Dampfer „D. A. Brodin“.

Kleine Kriegsnachrichten.

Im Gebirge wurde, wie aus Konstantinopel gemeldet wird, eine Anzahl Aufständischer, die eine zur Unterdrückung des Aufstandes ausgehende Truppenmacht angriff, unter großen Verlusten derjogt. **Drei Milliarden Lire Vorkasse.** Wie aus Rom gemeldet wird, wurde der Schatzminister durch Dekret ermächtigt, von den drei italienischen Emissionbanken einen weiteren außerordentlichen Vorschuß in Höhe von 400 Millionen Lire zu erheben. Diese Vorkasse erreichen damit fast drei Milliarden Lire.

Politische Uebersicht.

Die moralische Kraft des Privatmanns Bethmann Hollweg.

In München wurde unlängst ein entlassener Sekretär des „Volksausschusses zur raschen Niederkämpfung Englands“ zu längerer Gefängnisstrafe verurteilt, weil er eine Wappe mit Schriftsätzen des Vereins entworfen hatte. Die Schriftsätze waren in den Besitz unseres Parteisekretärs, des Landtagsabgeordneten Genossen Auer, gelangt, gegen den bestreuten von der Zentrums-Presse ehrenrührige Vorwürfe erhoben wurden. Demgegenüber erklärt Genosse Auer in der „Münchener Post“ eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß er die Papiere seinerzeit in gutem Glauben erworben hat. Nachdem Genosse Auer bekannt geworden ist, daß die Papiere auf unerlaubte Art in die Hände des Verfassers gelangt waren, hat er sie an den Ausschuss zurückgehen lassen mit nachfolgendem Begleitschreiben:

„Beiliegend übersende ich die Papiere, von denen ich seit der Verhandlung gegen Karl Geld annehme, daß sie auf unerlaubte Art in den Besitz des Verfassers gekommen sind. Verzeichnis der Schriftsätze:

1. Ein vierseitiger Brief an die Fürstin zu Hohenlohe-Waldenburg betreffend die moralische Kraft des Privatmanns Bethmann Hollweg und die geradezu verbroderliche Eitelkeit und den fuchswürdigen Eigensinn des Reichskanzlers. Abgesandt München, Elisabethstr. 31.
- (In der Elisabethstr. 31 wohnt Prinz Friedrich von Hohenlohe-Vertheim. D. Red.)
2. Ein Telegramm des Grafen Reventlow an Stoelck.
3. Ein vierseitiger Brief an Eggelen, von Kessel, Berlin, betreffend eine Schrift: Deutschlands Kampf mit England. Abgesandt München, Elisabethstr. 31.
4. Die Kartoffelversorgung von Dr. Schlittenbauer.
5. Vierseitige Darstellung von Verhandlungen, die Graf Preising mit dem Grafen Zeppelin führte zur Information der Mitglieder des Volksausschusses. — Dieser Darstellung vorausgehend ist ein Brief an die Mitglieder des Volksausschusses mit dem Hinweis auf die Verpöschung durch die Beauftragten des Reichskanzlers, wodurch Zeppelin zur Unterzeichnung des sogenannten dritten Zeppelinbriefes, der ihm vorgelegt wurde, veranlaßt wurde. Dattiert 19. Oktober 1914, abgesandt Hotel Stadt Wien, München, Elisabethstr. 9.

Die kurze Inhaltsangabe wirkt ein bezeichnendes Schlaglicht auf den Inhalt der Schriftsätze und die geistigen Waffen, mit denen die Niederkämpfer Englands zwar nicht gegen England, aber gegen den deutschen Reichskanzler kämpfen.

Der abgeschüttelte Dr. Peters.

Zu den Verfeindern des rücksichtslosen U-Bootkrieges mit kanzlerstürzenden Redenabsichten gehört auch Dr. Karl Peters, den wir unseren Lesern nicht weiter vorzustellen brauchen. Um die angebliche Lässigkeit der Regierung recht bloßzustellen, versiegte sich Peters unlängst zu der Behauptung, die Regierung habe es durch Unterlassung des rücksichtslosen U-Bootkrieges geschehen lassen, daß England sich auf zwei Jahre vollständig verproviantiert habe. Die Freunde Dr. Peters überließ, als sie diese Leistung zu Gesicht bekamen, ein gelindes Entsetzen, denn ein kräftigeres Argument gegen einen noch zu unternehmenden rücksichtslosen U-Bootkrieg konnte gar nicht aufgestellt werden. Man forderte daher Dr. Peters auf, seinen Auspruch zu begründen oder zurückzunehmen. Statt dessen bekräftigte Dr. Peters seine Behauptung, als deren Grundlage er angab, daß er „nach wie vor Beziehungen zu durchaus einwandfreien und zuverlässigen Deutschen in London“ habe. Auf Grund dieser Beziehungen behauptete Peters sogar weiter, man lebe in London genau wie vor dem Kriege, der jetzige U-Bootkrieg berühre England gar nicht. Das geht nur selbst, seinen Freunden über die Gull-schnur, und die Unabhängige National-Korrespondenz, ein Hauptorgan der Kanzlerfronde, schüttelt Peters mit einem längeren Artikel ab, an dessen Schluß es heißt:

Hier hören die unzeitigen Aphorismen des Herrn Dr. Peters auf, überhastet zu sein. Man wird ihn sich selbst und dem großen Unbekannten in London überlassen müssen. Und der verbleibende Rest des unrahmlichen Intermezzos besteht in der alten Wahrheit, daß ein alter Ruch am schnellsten und gründlichsten von seinem eigenen Träger — erliegt wird!

Wir bedauern Dr. Peters nicht. Für uns ist er nicht erst seit jetzt erloschen.

Ein Kapitalistenblatt für Vermögenskonfiskation!

In der Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ finden wir unter der Ueberschrift „Das Übergewicht der Milliarden“ eine Betrachtung über die Dedung der Kriegskosten und die daraus erwachsenden Steuer-

probleme. Dabei ziehen wir auf die absonderliche Erscheinung, daß der Gedanke einer Vermögenskonfiskation von einem Drittel, ja sogar der Hälfte des Vermögens, den bekanntlich Stresemann zuerst in die Debatte warf, von diesem Organ kapitalistischer Interessen keineswegs zurückgewiesen wird. Es wird gesagt, daß es schließlich eine Frage zweiter Ranges sei, ob wir die Abwälzung der Milliardenlast durch eine alle bisherigen Grenzen übersteigende und darum volkswirtschaftlich auf alle Fälle nachteilige Erhöhung der Steuern verschiedenster Art versuchen, oder ob wir den Prozeß vereinfachen, indem wir kurzer Hand eine Amputation an dem Vermögen vornehmen. So oder so wird die Wunde brennen, und die Konfiskation der Vermögen hat sogar gewisse Vorteile gegenüber anderen Methoden. Der Zugriff erfolgt vorher, wirkungsvoller, ist einfacher, jedenfalls sympathischer als ein Schreden ohne Ende.“

Der hört, daß dies die Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schreibt, wird zunächst an einen schlechten Scherz glauben. Aber es ist etwas anderes — ein Trick! Durch die Ausmalung einer Vermögenskonfiskation bis zu 50 Proz., die man unter Umständen selber befürworten müßte, soll die gesamte Kapitalistenklasse scharf gemacht werden für die Forderung einer umfangreichen Kriegsentscheidung. Die Rheinisch-Westfälische“ verfährt nach der Methode des Bangemachens, indem sie ihren besitzenden Lesern sagt: „Sollt wir keine Vermögensabgabe bekommen, ist die Vermögenskonfiskation unausweichlich.“

Sollte es sich nach Friedensschluß gleichwohl als nötig erweisen, über die Aufbringung der Kriegskosten durch Steuern zu beraten, so wird man jedenfalls an der Befürwortung der Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zugunsten einer erheblichen einmaligen Vermögensabgabe gegenüber anderen Steuern nicht vorübergehen dürfen.

Steigerung der Einkommen?

Aus Lehrerkreisen schreibt man uns: Der Finanzminister Dr. Lenke hat im Abgeordnetenhause die vorjährige Einkommensteuererhöhung mit den Sätzen verteidigt: „Die allgemeine Teuerung machte eine Steigerung der Einkommen zur Folge haben. Ob sie aber so in die Erscheinung getreten wäre, ohne die starken Steuerzuschläge, möchte ich bezweifeln.“ Diewendungen und diese Logik werden jeden nur auf sein Dienst-Einkommen angewiesenen Beamten sonderbar berühren. Er hat nur die Preissteigerung geföhlt, sein Einkommen ist um mehr als die Hälfte an Wert gesunken. Ihm werden erhebliche Mehrarbeiten zugemutet, während er die „Kriegskonjunktur“ der Landwirte, Industriellen und Händler in vollster Schärfe zu tragen hat. Ausgenommen sind höchstens die als Gruppenoffiziere tätigen und die in den Kriegsdiensten beschäftigten Beamten, die Kriegszulagen erhalten. Die Teuerungszulagen und Weichnachschüßleistungen sind ganz unentgeltlich und verschaffen außerdem ganz schematisch. Sie werden nach der Höhe des Amtseinkommens gezahlt. So freicht mancher Schöner Reiche schmunzelnd einige hundert Mark ein, während der Kollege ohne Privatvermögen, der aber eine Bagatelle mehr Amtseinkommen hat, daneben nichts erhält und schwer Not leidet. Jede Teuerungszulage“ sollte vernünftigerweise nach dem Gesamteinkommen, d. h. unter Zugrundelegung der Einkommensteuerhöhe, zugestanden werden; sonst wird sie zur Hatz, zum Teil zur direkten Geldberaubung. Die „höheren“ Beamten, die noch „altpreussisch“ bescheiden, d. h. nicht auf Kapitalisterei basieren, leben, sinken rettungslos aus jeder erträglichen Lebenshaltung heraus. Statt an diesen Stiefkindern durch Steuererhöhung eine nicht vorhandene „Einkommenerhöhung“ in „Erscheinung treten“ zu lassen, hätte man besser die wirklichen Einkommenserhöhungen der Kriegsspekulanten und -wucherer in Stadt und Land noch mehr zu treffen suchen sollen, sie allein, dafür aber gründlich.

Keine Last zu schwer, kein Opfer zu groß.

In einem Geburtsdagstelegramm des Präsidenten des deutschen Landwirtschaftsrates, Graf v. Schwerin-Löwitz, an den Kaiser heißt es:

„Angesichts des bevorstehenden schweren Entscheidungskampfes, zu welchem Ihre Majestät unser Volk nach der höchsten Ablehnung unserer Feindesbereitschaft aufriefen, darf ich für die deutschen Landwirte heute mit dem erneuten Gelöbniß unerschütterlicher Treue zu Eurer Majestät die Versicherung verbinden, daß uns Landwirte keine Last zu schwer und kein Opfer zu groß sein wird, um auch den uns ausgezwungenen Wirtschaftskampf siegreich zu bestehen.“

Das Telegramm erinnert an das Gelöbniß des Bundes der Landwirte vom 15. Januar, wonach dieser namens der Landwirte „jedes Opfer, jede Leistung und jede Entbehrung“ zu übernehmen sich bereit erklärte. Unseren Lesern wird erinnerlich sein, daß wir dies Gelöbniß bei mehrfachen Gelegenheiten zitiert haben.

Der Zitatensack.

Die „Deutsche Tageszeitung“ leistet sich das billige Vergnügen, das allgemeine gleiche Wahrecht mit Ausprüchen einzelner Fortschrittler und Liberaler zu bekämpfen. Sie muß hierzu immerhin sehr weit in die Vergangenheit des deutschen Verfassungswesens hinaufsteigen und neben Engel und Treitschke selbst jenen v. Arnim antreten lassen, der im 48er Landtag eine recht klägliche Fährtenrolle gespielt hat. — Das Volk macht keine Forderung nach Vereitigung des preussischen Dreiklassenwahlrechts nicht von Zitate abhängig und würde sich auch durch eine imposantere Sammlung, als sie die „Deutsche Tageszeitung“ hat aufbringen können, nicht betören lassen.

Letzte Nachrichten.

Erfolge des U-Boot-Kreuzertrieges.

Amsterdam, 27. Januar. Der dänische Dampfer „Ganz Haerel“, der gestern mit einer Ladung Eisenerz in Inuvien an-lam, hat im englischen Kanal vier Matrosen der französischen 2000 Tonnen großen Bark „Dreun“ (?) übernommen, die von einem deutschen U-Boot versenkt worden war.

Englische Blockade gegen die Neutralen.

Eine englische Note kündigt noch einer Meldung des „B. L.“ die Blockade der deutschen Nordseeküste einschließlich eines Teiles von Dänemark und Holland an.

Das Ergebnis der Hindenburgspende.

In einem Telegramm an den Kaiser teilte Graf von Schwerin-Löwitz als Vorsitzender der Verwaltungsstelle der Hindenburgspende mit, daß in der Zeit von etwa 6 Wochen bereits mehr als 1 1/2 Millionen Mark Schmalz, Speck und Fleischwaren für die Rüstungsarbeiter der deutschen Industrie gespendet wurden.

Zum Tode verurteilt.

Hamburg, 27. Januar. Das Schwurgericht verurteilte den Gaudlener Verhafteten Dr. Heilmann wegen Mordes und wegen gefährlicher Körperverletzung zum Tode und zu fünf Jahren Gefängnis. Dr. Heilmann hat am 15. Mai 1916 den Arzt Dr. Grundrecht, weil er ihm die Aufstellung eines Kräftes wegen Arbeitsunfähigkeit verweigerte, durch sechs Schüsse aus einer Browningpistole getötet und einen Schutzmann, der ihn festnehmen wollte, durch einen Schuß in die Schulter verletzt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Das Muster eines neuzeitigen Gewerkschaftsreformators.

In Nr. 9 des „Vorwärts“, vom 10. Januar, hatten wir von einem Zirkular König genommen, das in Berliner Gewerkschaftskreisen verbreitet wird. Darin wurden unter der Behauptung, daß sich unter den gewerkschaftlich organisierten Genossen schon seit langer Zeit eine tiefgehende oppositionelle Stimmung bemerkbar mache, alle oppositionellen Elemente zu einer Aussprache eingeladen, jedenfalls um den Grad und den Umfang dieser Mißstimmung zu messen und Gegenmaßnahmen gegen die dem Verderben der Gewerkschaften anstehenden Gewerkschaftsleistungen anzupunktieren. Vom Unterzeichner dieses Zirkulars, Karl Kürbs, hatten wir behauptet, daß er in Berliner Gewerkschaftskreisen ein völlig Unbekannter ist. Das ist richtig. Denn die Berliner Gewerkschaften kennen ihn erst wegen des kürzlich vollzogenen Jaunes des K. nach Berlin ihr eigen. Sonst ist oder K. kein so völlig unbekanntes Blatt. Doch nicht der verehrlichen Person des K. zuliebe, sondern nur, um den Genossen zu zeigen, wer sich ihnen so eifrig als neuer Heerführer anbietet, sei uns seine nähere Vorstellung gestattet.

Kürbs war einige Jahre Angehöriger der Ortsverwaltung Halle a. S. des Fabrikarbeiterverbandes. Er gehörte sich dort — der Parteiströmung angepaßt — sehr radikal. Frühzeitig schon erkannte er die Schwäche der Gewerkschaftsführer, was ihm in einer Parteiverammlung in aut sächsischer Mundart getaner Redenform: „Genossen, brüder Gire Fieher!“ erkennen ließ. Denn diese Mahnung zur Vorsicht konnte sich natürlich nur auf die Gewerkschaftsführer beziehen, die weil gegen die Parteiführer in Halle gerichtet, er natürlich absolut unangebracht gewesen wäre. Mein Wunder, daß Kürbs von den Hallenser Genossen alsbald zum Parteitag delegiert wurde.

Während nun in der Kriegszeit so mancher Gewerkschaftsangehöriger wieder Arbeit in seinem früheren Beruf nehmen mußte, weil die Finanzen der Gewerkschaften, auch die durch Mitgliederverlust und teilweiser Stilllegung der Betriebe verminderte Arbeit in den Bureaus dazu zwangen, widerstand K. dieser Verückung mannhalt, obgleich auch seine Arbeitskraft im Fabrikarbeiterverband überflüssig geworden war. Er wollte am liebsten am „Beamtenfessel leben“. Schließlich trat doch die Notwendigkeit seiner Entlassung ein. In Halle selbst oder im nahen Leipzig Arbeit zu bekommen, wäre ihm gewiß ein Leichtes gewesen. Aber er zog es vor nach Berlin überzusiedeln. Hier hat er sich dann nicht geübt, Unterstützungen vom Verband der Fabrikarbeiter zu beziehen, obgleich er in Arbeit stand. Däne die Zustimmung der Ortsverwaltung Halle einzuholen, hat K. sich einen Vorlauf von 300 Mark zu verschaffen gewünscht, den er, nach einer von ihm in der Generalversammlung abgegebenen Erklärung, nach dem Kriege abzahlen will, wenn er wieder in seine Stellung als Agitationsleiter eingesezt ist.

Der Mann huldigt also, wie Figura zeigt, ganz netten gewerkschaftlichen Grundtügen. Will er diese auch bei der jetzt von ihm geplanten Reformation der Gewerkschaften in Anwendung bringen, dann wird es wohl in guter demokratischer Gleichheit bald zu einer Aufstellung der Gewerkschaftslisten kommen. Denn was Kürbs recht ist, ist jedem anderen Mitgliede billig. Er gehöt als Probe vom Tugend der neuzeitigen Gewerkschaftsreformatoren obenauf gebunden. Wer also Lust hat, seinem Panier zu folgen, der folge ihm. Ja: Genossen, prüfet eure Führet!

Teuerungszulagen und Lieferung von Nahrungsmitteln an städtische Arbeiter.

In der Generalversammlung des Gemeindearbeiterverbandes sprach Mäntner über den jetzigen Stand

der Teuerungszulagen und die Lieferung von Nahrungsmitteln an die städtischen Arbeiter Berlins. Die Teuerungszulagen in Groß-Berlin bieten ein ziemlich hantes Bild. Die letzte Regelung ist in Berlin vor Weihnachten erfolgt. Zu erwähnen ist, daß eine von Pichtenberg eingeführte generelle Zulage sich vorteilhaft von der Regelung einzelner Gemeinden abhebt.

Für die Versorgung der städtischen Arbeiter mit Nahrungsmitteln ist die Ortsverwaltung bei den städtischen Behörden lebhast eingetreten. Einzelne Betriebsverwaltungen der Stadt Berlin haben hin und wieder etwas abgegeben. Zum Beispiel Gemüse, Wurstkonerven, Heringe. Es fiel aber wenig ins Gewicht. Unter Hinweis auf die großen Schwierigkeiten der Nahrungsmittelbeschaffung und auf die dadurch bedingte Schwächung der Arbeitskraft, hat die Verwaltung einen Antrag an den Oberbürgermeister gerichtet, der dringenden Frage der Versorgung der städtischen Arbeiter mit Nahrungsmitteln Beachtung zu schenken und dafür zu sorgen, daß möglichst bald in allen städtischen Betrieben Lebensmittel in angemessenen Preisen an die Arbeiter zur Verteilung gelangen. Infolge des Schreibens an den Oberbürgermeister erhielt Mäntner eine Einladung zu einer Besprechung mit dem Magistratsrat Demisiel. Dieser versprach, im Sinne der vorgebrachten Wünsche zu wirken. Demnachst übermittelte er Mäntner eine Erklärung des Stadtrats Simonsohn, des Vertreters des städtischen Lebensmittelamts, die etwa dahin ging: Die nichtkontingentierte Lebensmittel erhält die Stadt zur Verteilung an die Allgemeinheit auszuweisen. Es laßt sich darum nicht eine besondere Klasse der Bevölkerung oder eine besondere Gruppe von Arbeitern bevorzugen. Alle städtischen Betriebsleitungen seien aber angewiesen worden, alle Arbeitergruppen darauf zu prüfen, wie weit sie unter den Begriff Schwerarbeiter fallen. Diesen sollen dann, wie in den Betrieben der Schwerindustrie, die Nahrungsmittel zugewiesen und auch die Bezüge aus der sogenannten Hindenburgkassette gewährleistet werden. Es erhielten bereits in den städtischen Elektrizitätswerken 200 Mann und in den Gaswerken 1000 Mann die erhöhten Rationen. — Mit Rücksicht auf diese Erklärung erachtete Mäntner es für notwendig, daß die Kollegen schleunigst in allen Betrieben bei ihren Betriebsleitungen durch Kommissionen oder durch die Arbeiterausschüsse nachhelfen, damit alsbald eine Nachprüfung stattfindet.

Nach einer lebhaften Debatte, in der manche Mißstände vorgebracht wurden, nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, in der die Bemühungen der Ortsverwaltung, für die städtischen Arbeiter in der jetzt so schwierigen Frage der Ernährung Erleichterungen zu schaffen, anerkannt werden. Desgleichen nahmen die Versammelten mit Bekriedigung Kenntnis von der Erklärung des Magistrats, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter der städtischen Betriebe bei der Zuteilung von höheren Rationierungen den Arbeitern der privaten Betriebe gleichgestellt werden sollen. Von den einzelnen Betriebsleitungen erwarten sie, daß sie mit Hilfe der Arbeiterausschüsse, und wo solche nicht vorhanden sind, mit von den Arbeitern gewählten Vertretern so schnell wie möglich in die Prüfung der Frage eintreten, welche Gruppen von Arbeitern als Schwerarbeiter zu gelten haben. Sie erwarten ferner, daß die Prüfung unter gerechter Würdigung der tatsächlichen Arbeitsleistungen der einzelnen Arbeiter vor sich geht und daß die Verbesserung der Ernährungsbedingungen schleunigst erfolgen wird. — Für den Fall, daß in angemessener Zeit eine befriedigende Regelung dieser Angelegenheit nicht erfolgt ist, beauftragt sie eine Kommission aus sechs Vertretern der städtischen Arbeiter und einem Vertreter der Ortsverwaltung, beim Oberbürgermeister persönlich vorstellig zu werden und dort um Abhilfe zu ersuchen.

Dann wurde der Geschäfts- und Kassenbericht für das 4. Quartal 1916 erstattet.

Die Newahl der Ortsverwaltung hatte folgendes Resultat: Bevollmächtigter Mäntner, Kassierer Gossmann, Agitationsleiter Schabel, Kamerowski und Fräulein Friedrich. Beisitzer wurden: Elig, Krüger, Graeff, Strumm, Wehl, Dreißhoff, Luz und Polberwein. Als Revi-

foren wurden Strumm, Krielow und Fehse und als Revisor der Hauptkassette Otto gewählt.

Ein Antrag aus der Versammlung, der Vorwärtsdruckerei seine Druckfachen mehr zu übergeben, wurde abgelehnt.

Aus der Schlichtungskommission für Militärschneiderarbeiten.

Ein bedenklicher Versuch, eine eidesstattliche Versicherung zu erhalten. In dem Prozeß Weinkeller wider Frau Sudermann, über dessen Verdegang wir bereits berichteten, stand in der letzten Sitzung der Schlichtungskommission für Militärschneiderarbeiten wieder mal Beweidetermin an. Die Zwischenmeisterin Frau Weinkeller hatte ihren Arbeiterinnen nicht die tarifmäßigen Löhne gezahlt. Die Zwischenmeisterin oder hatte von Frau Sudermann, die die städtischen Militärunterhofen vom Bekleidungsamt in Auftrag hatte, ebenfalls nicht das ihr zustehende Tarifgeld erhalten. So diente der Neuwistreit Weinkeller wider Sudermann dem Zweck, den Arbeiterinnen der Frau Weinkeller die tarifmäßige Bezahlung durch Nachzahlung zu sichern. Es mußte festgestellt werden, wie viel der vom Bekleidungsamt erhaltenen Hofen-Frau Sudermann im fraglichen Zeitraum an Frau Weinkeller ausgegeben hat. Der Frau Sudermann war von der Kommission aufgegeben worden, dies nachzuweisen. In einem Zwischentermin hatte sie die Aufgabe aber nicht gelöst. So war der jetzige neue Termin anberaumt worden, auch diesmal blieb Frau Sudermann eines lädenlosen Beweises schuldig. Ein Arbeitgeber-Beisitzer, der sich der Klärung der umstrittenen Tatsachen besonders annahm, sah sich durch den Gang der Verhandlungen gezwungen, an der Art der Beweidführung der Frau Sudermann und ihrem Verhalten schärfste Kritik zu üben.

Die Frau Sudermann zu oberleeren pflegt, das zeigte Beisitzer Kunze vom Schneiderverband durch folgende „zur Kennzeichnung“ gemachte Mitteilungen: „Ich hatte mit Vollmacht einer Frau K. gegen Frau Sudermann geklagt. Einen Vergleich, den ich vor der Schlichtungskommission abgeschlossen habe, hat Frau Sudermann bei der Klageverhandlung vor dem Charlottenburger Gewerbegericht schlanweg bestritten. In Charlottenburg erzielte ich gegen Frau Sudermann ein Urteil und ich ließ bei Frau Sudermann pänden. Was tat Frau Sudermann? Sie übermittelte meiner damaligen Mandantin K. ein Schriftstück, das die Ausarbeitung einer durch Frau Sudermann von jener Frau K. gewünschten eidesstattlichen Versicherung enthält und lautet: „Ich versichere an Eidesstatt, daß ich keine Forderungen an Frau Sudermann habe und insfolgedessen auch keine Vollmacht gegeben habe.“ So handelt Frau Sudermann. Wenn es sich auch nicht auf den augenblicklichen Prozeß bezieht, so dient es doch sicher zur Kennzeichnung.“

Das Schriftstück wird auf den Tisch des Hauses niedergelegt. Frau Sudermann kommt, wie oft, mit Erklärungsversuchen, die Kopfschütteln erregen.

In der Sache selbst wurde ein neuer Termin zur Urteils-publikation angeetzt.

Eingegangene Druckschriften.

Die Wahrheit über den Weltkrieg und seine voranschreitenden Folgen. Von F. Gäntherberg. Preis 1,20 M. — Wird Holland eingreifen? Von Bernhard Baumgarten. Preis 30 Pf. Verlag Otto Gilmann, Leipzig-Ga.

Verantwortlich für Politik: Hermann Müller, Lempelhof; für den übrigen Teil d. Blattes: Alfred Scholz, Neudöln; für Inserate: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen.

Inmitten des 3. Kriegsjahres und angesichts zahlreicher Hemmnisse hat die deutsche Industrie in rastlosem Bemühen eine

völlig neue Mode

geschaffen, die an Schönheit und Vielseitigkeit ihresgleichen sucht.

Prächtige, farbenfreudige Stoffe und kleidsame Formen wetteifern miteinander um Ihrem Wunsch, modern und fest gekleidet zu gehen, zu genügen.

In späteren Anzeigen, die wir Ihrer Aufmerksamkeit empfehlen, werden wir eingehender darüber berichten.

Königstraße 33
am Bahnhof Alexanderplatz

Chausseestraße 113
beim Steinitzer Bahnhof

Sonntags geschlossen!

C&A
BRENNINKMEYER G.M.B.H.

Aus Groß-Berlin. Der Neidkopp.

Gamsternden Damen, die ihr Herz erfreuen wollen, raten wir, die heutige Sonntagsmühe zu einem Spaziergang nach der Heiliggeiststraße zu benutzen. Dort können sie an der Front des Hauses Nr. 38, in der Höhe des zweiten Stockwerks, ihr Wohlgetroffenes, wenn auch etwas idealisiertes Konterfei erblicken. Obgleich das Bildwerk bereits 200 Jahre zählt und eine ihrer Aehnlichen darstellen soll, ist die Familienähnlichkeit auch heute noch unerkennbar. Dieser „Neidkopp“, wie die Berliner das Weib mit den gierigen Gesichtszügen, dem Schlangenhaar und den hängenden Brüsten nennen, ist das Porträt einer reichen Goldschmiedsgattin, die einst das Haus bis-a-bis bewohnte und im ganzen Viertel berüchtigt war, weil sie alles für sich zusammenraffte und keinem Menschen etwas Gutes gönnte. Besonders ein kleiner Goldschmied, dessen Werkstatt ihr gegenüber lag, mußte täglich die wütenden Grimassen sehen, die sie ihm, dem Konkurrenten, aus ihren Fenstern heraus schnitt. Als dieser Mann zu Wohlstand gekommen war und sich ein neues Haus bauen konnte, ließ er an der Fassade jenen Kopf anbringen, den sie nun zur Strafe bis an ihr Lebensende stündlich vor Augen hatte.

Wehr Entgegenkommen tut not!

Die Berliner Volksspeisung könnte noch viel mehr Zeitnehmer haben, wenn in den Speiseausgabestellen die Abfertigung erleichtert würde. Die Speisen erhält man meist mit nicht allzu-großem Zeitverlust, falls nicht die Anlieferung aus den Küchen sich wieder mal verzögert hat. Es wird aber als sehr lästig empfunden, daß an den Kassentischen manchmal recht lange auf Abfertigung gewartet werden muß. Eine Klage über diese Erleichterungen geht uns zu von einer Frau, die aus einer Speiseausgabestelle des Bedding's täglich ihr Essen bezieht. Mit Recht weist sie darauf hin, daß essenstüchtige Frauen oft dabei ihre Kinder unbeaufsichtigt zurücklassen müssen und daß Arbeiterinnen für ihr Mittagmahl doch nur eine kurze Pause gewährt wird. Sie schlägt vor, die in jeder Woche bis Donnerstag zu bewirkende Voranmeldung der Teilnehmer für die nächste Woche und auch die immer am Freitag zu leistende Vorauszahlung des Sonntagessens nicht da entgegenzunehmen, wo täglich das Wochenessens bezahlt wird. An Donnerstagen und Freitagen ist der Andrang zu den Kassentischen ganz besonders stark, so daß hier das Verlangen nach mehr Entgegenkommen für die Volksspeisungsteilnehmer durchaus berechtigt erscheint. Vielleicht ließe sich auch dadurch einige Abhilfe schaffen, daß Vorauszahlung des Essens für die ganze Woche zugelassen wird, wenn der Teilnehmer das wünscht.

Das Kriegsernährungsamt gegen Neukölln.

Vom Kriegsernährungsamt geht der Presse eine Entgegnung über die Verhandlungen der Neuköllner Stadtversammlung zu. Wir entnehmen daraus, daß die Herabsetzung der Kartoffelration begründet ist durch die geringe Haltbarkeit der Kartoffeln, die bis zum März vergeht sein müssen. Auch der Transport von Kartoffeln nach den Städten ist bei dem jetzt herrschenden Frost so gut wie ausgeschlossen. Es wird weiter mitgeteilt, daß von einer Kürzung der Ration weder dem Kriegsernährungsamt noch der Reichsgetreidestelle etwas bekannt sei. Ebenso aus der Luft gegriffen sei die Angabe, in den Hafenstädten lagerten Berge von verkauften Äpfeln, weil die Organisation nicht fertig sei. Bestätigt wird dazu, daß die von Neukölln abgeschlossenen Verträge auf Lieferung von Mäckerwaren aufgelöst sind, weil diese Äpfel nach anderen Teilen Deutschlands gehen. Die mit der Verbringung Neuköllns beauftragten Rausgeschäftsleute seien aber augenblicklich aus Mangel an Ware nicht in der Lage zu liefern.

Lebensmittelversteigerung durch eine — Königliche Behörde.

Wie ein Hohn auf alle guten Wahnungen des Kriegsernährungsamts, das im Interesse einer gesunden Preisgestaltung noch jüngst einer Einschränkung der Versteigerungen von Lebensmitteln das Wort redete, liegt sich folgende Bekanntmachung: Am Sonntag, 27. Januar, um 10 Uhr vormittags, wird hier auf Gleise 72 ein Wagen Weizen, 200 Zentner, öffentlich meistbietend ver-

kauft. Königl. Mäckerabfertigung Charlottenburg.

Wie mitgeteilt wird, ist die Ware nicht über den Höchstpreis verkauft worden, womit noch nicht gesagt ist, daß sie nun auch zum Höchstpreis in die Hände der Verbraucher gelangt. Jedenfalls wäre es richtiger gewesen, sie der Gemeinde Charlottenburg anzubieten, dann wäre eine Garantie dafür vorhanden, daß die Weizen zu richtigen Preisen an die Verbraucher gelangen würden.

Der beratende Ausschuss des Kriegswucheramts.

Der anfangs dieses Jahres gebildet wurde, hält am 29. d. M. zusammen mit den Mitgliedern des Kriegswucheramts seine erste Sitzung ab, zu der auch Vertreter aus den verschiedenen Ministerien und dem Kriegsernährungsamt eingeladen sind. Den Vorsitz führt der Polizeipräsident v. Dppen. Referieren werden u. a. der Leiter des Kriegswucheramts, Regierungsrat Dr. Doye, über „Einrichtung und Aufgabe des Kriegswucheramts“, und Staatsanwalt Dr. Fald über „Weisen und Bedeutung des Kettenhandels“. Die Sitzung ist nicht öffentlich.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Auf die Abschnitte Nr. 23 und 24 der Lebensmittelkarte entfallen je 100 Gramm Mehl. Die Abschnitte sind am 29. und 30. Januar in den durch besondere Verkaufsänderungen gekennzeichneten Kleinhandelsgeschäften gegen Empfangsbelegungen abzugeben. Nach etwa 6 Tagen kann die Ware dann in Empfang genommen werden. Die z. Z. schwebende Wehlverteilung auf die Abschnitte Nr. 20 und 21 wird hierdurch nicht berührt.

Auf die sechs Abschnitte der Kartoffelkarte 40a bis 40c können in der nächsten Woche höchstens 8 Pfund Kartoffeln abgegeben werden. Die vier Abschnitte 40d und 40e sind bis auf weiteres von der Kartoffelkarte nicht zu trennen. Auf Abschnitt Nr. 23 der Berliner Lebensmittelkarte können 4 Pfund Kohlrüben entnommen werden. Schaul- und Speisewirtschaften können auf ihre Kartoffelbezugscheine nebenbei Kohlrüben beziehen, und zwar werden auf einen Bezugschein über je 8 Zentner Kartoffeln 4 Zentner Kohlrüben geliefert.

Der Magistrat weist nochmals darauf hin, daß vom 28. d. M. ab Knochen aller Art, die in Handballungen, Anstalten, Gast- und Speisewirtschaften und ähnlichen Betrieben abfallen, getrennt von anderen Abfällen, bis zur Abholung aufzubewahren und an die städtischen Sammler abzuliefern sind.

Von Dienstag, den 30. Januar ab kann derjenige Teil der Berliner Bevölkerung, der bisher nicht in der Lage war, die ihm auf die Abschnitte Nr. 20 und 21 der Berliner Lebensmittelkarte zustehenden 200 Gramm Mehl zu erhalten, diese Mehlmenge in sämtlichen städtischen Markthallen in den dort eingerichteten Verkaufsständen gegen Ausbändigung der Abschnitte Nr. 20 und 21 entnehmen. Wer also sein Mehl bei seinem Mehlhändler bisher noch nicht bekommen hat, kann es sich von Dienstag ab in diesen Verkaufsstellen in den Markthallen beschaffen.

Die Reklamationen der Straßenbahn sollen, wie eine Korrespondenz zu melden weiß, vom Kriegsam in vielen Fällen bewilligt sein, so daß der Personalbestand demnächst wieder aufgefüllt werden wird. Wir sehen der mithin bestimmt zu erwartenden Ausdehnung des Betriebes mit freudiger Erwartung entgegen.

200 000 M. gerettet. Wie uns der Magistrat Neukölln mitteilt, hat die Stadtgemeinde von den 210 000 M., um die sie bei dem kürzlich mitgeteilten Warenstempel gerettet worden ist, 200 000 M. zurückgehalten, so daß der gesamte Verlust nur 10 000 M. beträgt.

Betriebsänderungen in den städtischen Volksbadeanstalten. Von Montag, 29. ab treten bei den städtischen Volksbadeanstalten folgende Betriebsänderungen ein: Die Anstalten in der Wallstraße und in der Gartenstraße bleiben wie bisher von 8 Uhr morgens bis 3 Uhr abends, Sonntags von 8 bis 12 Uhr vormittags geöffnet; die Anstalten Schillingstraße und Bismarckstraße bleiben voll geöffnet. Je ein Schwimmbad dieser beiden letzteren Anstalten dient zur abwechselnden Benutzung für beide Geschlechter; die Anstalt Gerichstraße bleibt, jedoch nur für Bannern- und Brausebaderbeleg, am Freitag, Sonnabend und Sonntag geöffnet; die Anstalten Lurmerstraße, Dönnitzstraße und Oberberger Straße bleiben, bis auf weiteres gänzlich geschlossen.

Die Urwählerlisten für die im 11. Berliner Landtagswahlbezirk notwendig gewordene Abgeordnetenerwahl werden am Sonntag, 28. Januar, 10-8 Uhr, am Montag, 29. Januar, und am Dienstag, 30. Januar, 9-2 Uhr, im Wahlbureau, Stralauer Str. 44/45 I, Zimmer 10, (Eingang

1. Hof rechts) zur Einsicht öffentlich ausliegen. Innerhalb dieser drei Tage steht es jedem frei, folwohl gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser Listen als auch gegen die Richtigkeit der darin aufgeführten Steuerbeträge seine Einwendungen im Wahlbureau schriftlich oder in der Anstaltskasselle daselbst bei den dort anwesenden Beamten zu Protokoll anzubringen.

Schule und Familie.

Im „Verein Berliner Volksschullehrerinnen“ sprach Sigmund S. Schulze über Kinderfürsorge während des Krieges. Er empfahl unter anderem, daß die Lehrerschaft mehr als bisher Beziehungen zu den Familien der Schulkinder pflegen möchte. Seine Ansichten fanden nicht in allen Teilen den Beifall der Zuhörerinnen. Gegenüber der Behauptung, daß in Arbeiterfamilien die Eltern sich sehr wenig um die Schularbeiten ihrer Kinder kümmern, erklärte eine Lehrerin, sie könne hierüber durchaus nicht klagen. Nach den Beobachtungen, die wir in Berliner Arbeiterfamilien gemacht haben, müssen auch wir jenem abfälligen Urteil widersprechen. Was für Arbeiterfamilien mögen das sein, bei denen der Redner seine Erfahrungen gesammelt hat! Unterschreiben können wir die Forderung, daß Schule und Familie in engere Beziehung zueinander treten sollen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß dabei die Schule sogar mehr gewinnt als die Familie. Will die Schule nicht nur drüßen, sondern wirklich erziehen, so darf sie sich nicht von der Familie abschließen. Die sogenannten Schulpfegerinnen, die man in manchen Städten hat, reichen fäherlich als Bindeglied aus. Lehrer und Lehrerinnen müssen sich bemühen, selber Fühlung mit der Familie zu nehmen. Auch in der Versammlung wurde dem insbesondere, allerdings unter Betonung der Schwierigkeiten, die in den besonderen Verhältnissen der Großstadt liegen. Eine Lehrerin erzählte, wie sie nur mit einiger Schärfe sich entschlossen habe, ihre Wohnung in der Nachbarschaft ihrer Schule zu wählen. Sie habe aber bald gemerkt, daß sie einen Gewinn davon hatte, weil sie so die ihr anvertraute Schulkinder ganz anders kennen lernte.

Hilfsdienst für deutsche Gefangene in Frankreich.

Vor einiger Zeit wurde zwischen der deutschen und der französischen Regierung ein Abkommen getroffen, wonach jeder in Deutschland befindliche gefangene Franzose aus Frankreich oder der Schweiz wöchentlich 2 Kilogramm Brot in Sammelsendungen erhält. Als Gegenleistung hat die französische Regierung einmal die Erhöhung der täglichen Ration für die gefangenen Deutschen in Frankreich auf 600 Gramm zugesprochen, ferner die Genehmigung erteilt, daß deutscherseits die in Frankreich befindlichen Gefangenen mit Zulageabgabe, Verkleidungssachen und sonstigen Liebesgaben in Sammelsendungen versorgt werden können. Erfreulicherweise fiel der Abschluß dieses Abkommens mit der Wollspende für die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen zusammen, die das hohe Ergebnis von 12 1/2 Millionen erreicht hat. Die Wollspende ermöglichte eine großartige Organisation dieses Liebesdienstes. Zur Erledigung der Arbeit wurde in Bern unter dem Namen „Hilfsdienst für die Kriegs- und Zivilgefangenen in Frankreich“ eine Stelle errichtet, die in ganz kurzer Zeit mit dem Versand beginnen konnte.

Von der Berner Stelle werden monatlich für über 100 000 M. Zufuhrmitteln an die Gefangenen in Frankreich geschickt. Auch die Neuanschaffung der Zivilgefangenen, deren Bekleidung infolge der langen Gefangenschaft außerordentlich gelitten hat, wird von dieser Stelle aus bewerkstelligt. Der Hauptvertriebsauschuss der Wollspende hat für die Neuanschaffung der Zivilgefangenen 200 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Einschränkung der Paketannahme in Berlin. Die ungenügende Witterung und die Beförderungsverhältnisse machen es notwendig, daß in der Zeit vom 29. bis einschließlich 31. Januar, gewöhnliche Pakete sowie Wert- und Einschreibepakete zur Beförderung bei den Postanstalten des Oberpostdirektionsbezirks Berlin nicht angenommen werden. Ausgenommen sind dringende Sendungen, Pakete von Behörden, Pakete mit Zeitungen und Matrizen und Privatpakete nach dem Feldheer.

Die Ausstellung „Deutsches Samwesen im Kriege“, die heute mitag 12 Uhr in der Akademie der Künste, Pariser Platz 4, eröffnet wird, zeigt eine große Anzahl Photographien von Bauten, die während des Krieges in Deutschland hergestellt wurden. Sie wird bis zum 10. Februar täglich von 10-3 Uhr geöffnet sein. Der Eintritt ist unentgeltlich.

Die A. G. O. teilt uns mit, daß sie mit Rücksicht auf die Steigerung der Lebensmittelpreise die Steuerzuschläge ihrer Angestellten erhöht hat.

Im Zoologischen Garten findet am heutigen Sonntag von 4-10 nachmittags Konzert statt. Eintritt 50 Pf., für Kinder unter

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeiroman von Gabriela Sapolska.

II.

Das Gezeimmis der Katorgen und zweier weißer Schatten.

Aljki begab sich langsam nach dem Hotel. Er hatte es nicht eilig. Der Marktplatz war leer.

Die Nebeltäler und der ihnen nachziehende Polizist — alles war verschwunden, wie verzaubert.

Unwillkürlich begann auch Aljki, leise zu gehen und geräuschlos aufzutreten, wie es die meisten Bewohner dieses merkwürdigen Städtchens taten.

In der linken Hand hielt er den Stab, mit der rechten umfaßte er die Waffe in der Manteltasche. Denn er hatte beständig das Gefühl, daß jemand vor ihm auftauchen, ihn überfallen und ihm einen Messerstoß versetzen würde.

Er ging bis zur nächsten Gasse. Hier vernahm er Geflüster.

Die Gasse mündete in eine dunkle Mulde, die von einem aufgeschütteten Erdwall abgeschlossen war; eine unruhig flackernde, an einer langen Stange hängende Laterne spendete mattes Licht. Neben dieser Laterne bewegte sich ein Schatten. Aljki wich zurück. Er fürchtete sich jetzt, als er allein war. Er hörte das Geflüster ziemlich deutlich und wußte nicht, ob er weitergehen oder umkehren und um den Markt herumgehen sollte.

In diesem Augenblick vernahm er: „Gib die Hälfte her!“

„Fort! Das geht nicht! Soll für uns beide zusammen nur eine Hälfte bleiben?“

„Versuchte Kerl! Geht die Hälfte her, wenn nicht... dann...“

Nun begann die Leilung eines Raubes. Man hörte Münzen klingen. Die Gestalten hatten sich im Schein der Laterne niedergesetzt und zählten.

Eine große, im Dunkel verborgene Gestalt streckte die Hand aus.

„Los!... Beißt euch!“

Dumpfes Stöhnen und wieder Gedflurre. Plötzlich begriff Aljki. Die stiehenden Diebe teilten die Beute mit jemand, der sich im Dunkel verbarg.

Er sprach russisch und verlangte die Hälfte. Die Leilung war vollzogen.

Schwere Schritte, Säbelgerassel, und aus dem Versteck tauchte die Gestalt des Polizisten hervor.

Aljki's Atem stockte nervös. Welche Justizlosigkeit! Dennoch erlagte ihm eine bange Angst. Er drückte sich fest gegen die Mauer und hätte am liebsten daran anwachsen mögen. Lieber wäre er vorhin jenen beiden Flüchtlingen in die Hände gefallen, von denen der eine seine weißen Wollschuhe im Vorüberlaufen sehen ließ, und der andere von Blut troff, als der Gewalt dieses Sicherheitswärters ausgeliefert zu sein, der um sich her Grauen und bange Angst verbreitete.

Der Polizist blieb einen Augenblick stehen und blinnte umher. Als er aber auf dem Marktplatz nichts bemerkte, ging er langsam nach der entgegengesetzten Richtung und verschwand in der Finsternis. Aus dem Versteck ließ sich von neuem Geflüster vernehmen.

„Das Was hat die Hälfte eingesteckt!“

„Du hättest schlauer sein sollen! Hättest während der Flucht einen Teil verstecken müssen!“

„Wie konnte ich was verstecken! Es war in einem Tuch eingebunden.“

„Als der Bauer zur Erde fiel, hättest du es aufbinden sollen.“

„Das Luder hat ja gefahren!“

„Nu, er schreit vielleicht immer noch. Man hätte ihn vom Ball ins Wasser werfen sollen.“

„Woju das? Sollen sie ihn finden! Was geht's uns an?“

Einer der Spitzhuben stand auf und war mit einigen Sägen auf dem Erdhügel.

„Ich gehe zu Muttern! Leb wohl, Kamerader!“

„Ich komme mit!“

Der zweite sprang ebenfalls auf, sie schwannten eine Weile wie zwei bleiche Schatten, ließen sich in die Tiefe hinab und verschwanden auf der anderen Seite der Mulde.

Aljki trat endlich ganz erlöst aus seinem Versteck hervor.

„Gemordet haben sie ihn!“ sagte er, „vielleicht ist das Opfer nicht tot, aber sie wollten es doch ermorden. Dort liegt der Bauer, den sie beraubt haben. Der Polizist hat mit ihnen die Beute geteilt. Entsetzlich!“

Er stieß einen tiefen Groll gegen Gott und dessen

Tochter, die ihn gehindert hatten, dem Ueberfallenen zu Hilfe zu eilen.

„Ich hätte ihn vielleicht gerettet, oder wenigstens einen der Mörder mit meiner Waffe gezeichnet.“

Eine große Traurigkeit beschlich ihn bei dem Gedanken, daß um ein paar elender Kupfermünzen willen Blut geflossen war und ein Mensch vielleicht in Qual und Schmerz hätte umkommen müssen.

„Die Polizei muß unbedingt benachrichtigt werden, um Rettung zu bringen.“ dachte er.

Dieser Entschluß befehlte ihn. Er lief nach dem erleuchteten Hotelor zu. Als er es erreicht hatte, hörte er dünne Geigentöne, die das bekannte Walzerlied „Tigrionel“ spielten. Die Dragoner vergnügten sich im Restaurant. Von Zeit zu Zeit erklang eine Tenorstimme, die die Melodie mitsang.

Dann spielte die Geige wieder schluchzend und leise; plötzlich aber erdrönte das Gelächter männlicher Stimmen, vermischt mit dem Getöse zerbrochener Gläser, das sich nur allmählich beruhigte und die langgedehnten Geigentöne wieder hören ließ.

Im Lortweg saß auf einem Stuhl der Hausdiener des Hotels, ein einflüßiger Mann mit felsam düsterem Gesicht und fast weißen Haar. Seine zusammengekauerte, verschüchterte Haltung paßte festsam zu dem ringsumher herrschenden Grauen.

Er schien zu schlummern oder tief in Gedanken versunken; denn er sah nicht, daß Aljki den Flur betreten hatte.

Der junge Mann rüttelte ihn an der Schulter.

„Hört!“ sagte er, „auf dem Ball wurde Raubmord begangen. Eosortige Hilfe ist nötig! Ihr seid doch ein Diebiger! Sagt mir, was ich tun, zu wem ich gehen soll.“

Der Hausdiener erhob seine schlürfrigen Augen zu Aljki und ließ sich dessen Worte durch den Kopf gehen.

„Auf dem Ball?“ wiederholte er.

„Jawohl!“

Aljki's heberhafte Erregung traf die unerwartet gleichgültige Frage:

„Was ist denn dabei?“

Aljki verstummte für einen Augenblick. (Fortf. folgt.)

10 Jahren die Hälfte; ebenso für das Aquarium, das von 9 Uhr morgens bis 6 Uhr abends geöffnet ist.

Der Schauspieler Jugo Brandt, Haus- und Geschäftsfreund der Dame Kupfer, ist verheiratet worden.

Eisenbahnunfall auf dem Anhalter Bahnhof. Sonnabend früh 1/2 Uhr übergab der Frankfurter D-Zug bei seiner Einfahrt den P 2110 und den Kopfbaufriegel samt Schalterhäuschen und eiserner Barriere, und kam erst vor dem massiven Pfeiler neben der Uhr am Haupteingang zum Stehen. Der Post- und Gepäckwagen sind erheblich beschädigt, Personen nicht verletzt.

Ein Kriegsgefangener als Lebendretter. Ein zwölfjähriger Schüler aus Kremen lief auf dem Raertenpfeiler Schiffschuh und brach dabei ein. Der Knabe geriet unter das Eis und wäre ertrunken, wenn nicht ein in der Nähe beschäftigter Kriegsgefangener Franzose herbeigeküsst wäre, der den Schüler im Augenblick höchster Gefahr rettete.

Aus den Gemeinden.

Antwort des Neuköllner Magistrats.

Auf die im gestrigen Leitartikel wiedergegebene Antwort des Berliner Magistrats zu den Verhandlungen der Neuköllner Städt. Vorordnetenversammlung geht uns vom Magistrat Neukölln eine längere Entgegnung zu, der wir entnehmen, daß in der Sitzung der Groß-Berliner Kartoffelgemeinschaft die ungünstigen Verhältnisse auf dem Kartoffelmarkt auf die durch das anhaltende Regenwetter gänzlich unpassierbar gewordenen Landwege zurückgeführt wurden. Es wurde ferner erwähnt, daß schon in einzelnen Städten im Westen Deutschlands die Nation auf drei Pfund heruntergesetzt und in Aussicht genommen ist, dasselbe für Groß-Berlin zu beschließen. Die Vertreter der Groß-Berliner Gemeinden stimmten diesem Vorschlag zu, da auch ihre Bestände diesen Ausweg notwendig machten. Nur der Neuköllner Vertreter erklärte, zu dieser Herabsetzung nicht geneigt zu sein, da die eingemieteten Kartoffelvorräte noch vier bis sechs Wochen die Verabfolgung von fünf Pfund gestatteten. Ein Ausgleich der fehlenden Kartoffelmengen durch Kohlrüben lasse sich schwer schaffen, da es gerade der ärmeren Bevölkerung Neuköllns an den notwendigen Zutaten fehle, die sich die besserbemittelte Bevölkerung immer noch eher beschaffen könnte.

Der Einführung des Einheitsbrotes hat der Neuköllner Deputat widersprochen, weil die Notwendigkeit zu einer solchen Maßnahme einwandfrei keineswegs feststeht. Das reichliche Vorkommen von Brot in Neukölln und Lichtenberg und der Mangel desselben in den westlichen Vororten kann auch schon für den Osten erkennbar oder doch nur auf einen Organisationsfehler zurückzuführen sein. Die Reichsbrotstelle hat der Neuköllner Magistrat die Groß-Berliner so viel Mehl zur Verfügung gestellt, daß die festgelegten Brot- bzw. Mehlmengen an die Bevölkerung ausgegeben werden können. Wenn bei der Ausgabe dieses Mehles nun wesentliche Verschiebungen eintreten, so ist es die Aufgabe der zuständigen Verwaltungsstellen, den Ursachen nachzuforschen. Wie der Deputat schon in den Verhandlungen im Siebener-Ausschuß hervorgehoben hat, kann einem Wilmerdorfer Bürger nicht zugemutet werden, weil der Verteilungsfaktor falsch gewählt ist, sein Brot in Neukölln zu kaufen. Dieser Vorkommnis würde aber schon ohne weiteres durch die Kundenliste beseitigt werden können. Einheitsbrot und Kundenliste, welche letztere auch ihre erheblichen Schwierigkeiten mit sich bringt, der Groß-Berliner Bevölkerung in einem Atemzuge zuzumuten, geht über den Rahmen des Notwendigen unbedingt hinaus. Die städtischen Körperkassen der Stadt Neukölln haben nach nochmaliger eingehender Ermägung sich dahin entschieden, daß ein Anlaß zur Einführung des Einheitsbrotes noch nicht gegeben ist, und haben

den Deputierten beauftragt, in diesem Sinne auch bei künftigen Beratungen zu wirken.

Eierverteilung auf Haushaltungskarten in Neukölln. In der Zeit von Montag, den 20. Januar, bis Sonnabend, den 10. Februar verteilt die Stadtgemeinde Eier an die Inhaber von Haushaltungskarten für eine Person, zwei und drei Personen. Die Abgabe erfolgt in den Geschäften, in denen die Haushaltungen in die Kundenliste eingetragen sind, gegen Vorlage der Haushaltungskarten und Abtrennung des Abschnitts 14 der Eierkarte. Die größeren Familien werden später beliefert.

Stellungnahme von Vorortgemeinden zum Einheitsbrot. Wie eine Lokaltrottenbenz mitteilt, wird in der am Montag stattfindenden Sitzung der Berliner Brotkartengemeinschaft neben Neukölln auch Charlottenburg und Wilmersdorf gegen die Einführung des Einheitsbrotes stimmen.

Die Charlottenburger Lebensmittelverteilung in der kommenden Woche. Der anhaltende Frost hat die Kartoffelzufuhr nach Charlottenburg fast unmöglich gemacht. Man muß darauf rechnen, daß in der kommenden Woche Kartoffeln noch knapper werden. Als Ersatz für die ausfallenden drei Pfund Kartoffeln Brot an die Bevölkerung abgegeben. Auf die sechs schraffierten Abschnitte 40a bis 40e der neuen grünen Kartoffelkarte dürfen höchstens je 1/2 Pfund, also höchstens zusammen drei Pfund Kartoffeln abgegeben werden. Auf die vier nicht schraffierten Abschnitte 40d und 40e, die nicht von der Karte getrennt werden dürfen, können Kartoffeln nicht abgegeben werden. Auf die schraffierten Abschnitte 40a bis 40e oder auf eines dieser Abschnitte können in der folgenden Woche an Stelle der Kartoffeln Brot- und Weizenbrot gekauft werden und zwar für jeden Abschnitt 40a, 40b und 40c 200 Gramm oder Schrippen. Jede Karte gilt also für 100 Gramm Gebäck, 1/2 Marke für 50 Gramm Gebäck. Auch in Post- und Schönwirtschäften kann auf diese Abschnitte der Kartoffelkarte Brot entnommen werden. Auf Abschnitt 28 der roten Nahrungsmittelkarte werden 4 Pfund Kohlrüben abgegeben, auf Abschnitt 29 1/2 Pfund Graupen oder Gerstengröße, auf Abschnitt 30 1/2 Pfund Hahnenfüßchen oder Pastarüben, auf Abschnitt 31 1/2 Pfund Kumpfhonig oder 1/2 Pfund Narmelade oder 1/2 Pfund Sirup und auf Abschnitt 32 der roten Nahrungsmittelkarte, aber erst von Mittwoch, den 31. d. M. ab, 200 Gramm Mehl für jede Person. Das Mehl kann in allen Geschäften, die Mehl verkaufen, gekauft werden, auch in denen, in deren Kundenliste der Käufer nicht eingetragen ist.

Für die Lebensmittelkartenausgabe in Wilmersdorf sieht sich der dortige Magistrat zu einer gleichermäßen an Hausbesitzer und Mieter gerichteten Mahnung veranlaßt, in der er darauf hinweist, daß jeder Ausgabe neuer Karten die Hausliste den einzelnen Haushaltungsvorständen zur Dittungsleistung vorzulegen ist. Wer diesen Verpflichtungen nicht nachkommt, hat, außer der eben. Bestrafung, nicht rechtzeitige Ausbändigung der ihm zustehenden Karten zu gewärtigen.

Kleingärten-Häufpreise für Wilmersdorf. Der Magistrat von Wilmersdorf hat Pacht-Häufpreise für Kleingärten festgesetzt. Danach darf der Pachtpreis für den reinen Gemüse- und Kartoffelbau im Kleingartenbetriebe in Berlin-Wilmersdorf nicht übersteigen: für Kulturland 12 Pf. für 1 Quadratmeter und Jahr, für Brachland 6 Pf. für 1 Quadratmeter und Jahr.

Gemeindevertretung in Bries. In ihrer Sitzung am Freitag beschloß die Vertretung bis 1000 Paar Kriegsschuhwerk anzulassen und an bedürftige Einwohner eventuell unentgeltlich abzugeben. Zum Bericht über die Lebensmittelversorgung hatten die sozialdemokratischen Vertreter einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, wonach der Gemeindevorstand beauftragt wird, bei den zuständigen Stellen dahin zu wirken, daß die jetzige Kartoffelration nicht eingeschränkt wird. In seinem Bericht erklärte der Bürgermeister noch vor einer

Begründung des Antrages, der Gemeindevorstand steht auf dem Standpunkt des Dringlichkeitsantrages und wird diesem entsprechend verfahren. Nach einer längeren Debatte schloß sich die Gemeindevertretung dem einstimmig an. Ueber die Notwendigkeit, die Einführung eines Einheitsbrotes für Groß-Berlin energisch zu bekämpfen, herrschte Einmütigkeit. Für eine von der Gemeindevertretung für ungültig erklärte Wahl eines Vertreters der dritten Abteilung wird eine Ersatzwahl am Sonntag, den 4. Februar, in der Turnhalle der Gemeindefschule, Werderstraße, stattfinden.

Parteiveranstaltungen.

Vorwärts, Leses- und Diskussionsklub Groß-Berlin. Sektion IV. Montag, den 20. abends 8 Uhr, finden nachstehende Versammlungen statt, zu denen die Leiter des „Vorwärts“ eingeladen sind: Sektionen: Im Lokal von Fröhlich, Rustauer Str. 1, Ecke Neugehofstraße. Vortrag des Genossen Hugo Soehle. Sektionen: Im Lokal von Fredericksdorf, Frankfurter Allee 24. Vortrag des Genossen Bartels (Parteiorganisations). Im Lokal von Heurich, Große Frankfurter Str. 30. Vortrag des Reichstagsabg. Dito Weis.

Spandau. Alle diejenigen Genossen und Genossinnen, die auf dem Standpunkt der Realisationsmethode stehen und Mitglied der alten sozialdemokratischen Partei bleiben wollen, werden dringend ersucht, ihre Anmeldung beim Adressen-Halbmonatlich an die Genossen Wilhelm Pieper, Spandau, Bismarckstr. 11, oder Emil Stahl, Spandau, Rathausstr. 10 III, gelangen zu lassen.

Frauen-Leseabende.

Charlottenburg. Montag, den 20. Januar, pünktlich abends 7 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rokentstr. 4, Vorderhaus 1. Lesung: Frauen-Leseabend. Es wird um vollzählige Teilnehmerinnen aller dem Sozialdemokratischen Frauenverein angehörenden Frauen ersucht. Außer der Wahl einer Lesenden-Leiterin sollen noch einige sehr wichtige Fragen besprochen werden. Der Vorstand des Frauenvereins, J. K.: Johann Schneider.

Briefkasten der Redaktion.

Bredmann, W. Sie haben nur Anspruch auf Witwenrente, wenn Sie selbst dem Sinne des Gesetzes nach als unvalde erachtet werden. — Eise 17. Diese Strafe fällt nicht unter den Umwandlungsfall. Ihre andere Frage läßt sich vorher nicht beantworten. — G. S. 48. Ihr Verdienst in der Partei gebührt zum Hauptverdienst. Sie können aber in Rücksicht auf den doppelten Lohn um Herabsetzung der Steuer ersuchen. — G. S. 100. Die Buchstaben bedeuten keine Krankheit. — W. 92. Sie können schon jetzt den Antrag auf Reichswohnenhilfe bei der Krankenkasse der A. G. stellen. 2. Das entscheidet der Militärarzt. — G. S. 100. Ja. — H. S. 37. Es besteht keine Parteizugehörigkeit für die A. G. S. 30. 1. Ja. 2. Die Parteizugehörigkeit wird bei Wiedererhebung der Mutter weitergeführt. — R. S. 121. Nein. — G. S. 47. Ihre Schwester könnte sich mit einer Beschwerde an den zuständigen Regierungspräsidenten wenden; sie erscheint uns aber aussichtslos. — Landw. 18. 1. 77 Mark Staatsentlohnsteuer und 9 Mark Zulage. 2. Nein. 3. Ja. 4. Das können wir im Briefkasten nicht angeben. — G. 100. Verbandsbeiträge nicht, aber Kranken- und Unfallversicherungsbeiträge. — R. S. Arbeitsverweigerungsfähig im Felde; Blindheit eines Auges. — R. S. 10. Die Frau ist zur Räumung der Wohnung verpflichtet. — R. 19. Sie müssen dazu zunächst die Erlaubnis vom Bezirkskommando haben. Aber erst nach Ihrer militärischen Ausbildung als Artillerist werden Sie sich als Feuerwerker melden können. — R. S. 25. L. Wenn er Krankenträger der Kompanie war, nein. 2. Nein. 3. Das ist nicht ausgeschlossen. — C. R. S. 1. Mit der Einziehung zum Militär kommen die Versorgungsgebühren, auch die Kriegszulage in Wegfall. 2. Antrag ist an das Bezirkskommando einzureichen. 3. Anspruch auf Familienunterstützung besteht nicht, wohl aber kann die Familie den Differenzbetrag, der sich zwischen Wohnung, Verpflegung und Arbeitslohn und Familienunterstützung einerseits und dem jetzt verbleibenden Lohn andererseits ergibt, beanspruchen. — W. R. Nein. — C. 4. Ja.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Montag mittag. Vorherrschend wolkig oder neblig bei mäßigem Frost. An vielen Orten etwas Schnee.

HERMANN

Schriftliche Bestellungen können nicht berücksichtigt werden.
Verkauf nicht an Wiederverkäufer.

Montag
Soweit Vorrat:

Lebensmittel

*Fische und Geflügel
nur Leipziger Straße
und Alexanderplatz

Kolonialwaren

Salz Pfund	11 Pf.
Deutscher Wald-Tee Paket	50 Pf.
„Ceka“ gefilterter Eßig Flasche	1 10
Senf-Eßig Flasche	55 Pf.
Bouillon-Würfel 10 Stück	40 Pf.
Kraftbrüh-Würfel	10 Stück extra	85 Pf.
Zwiebels getrocknet Pfund	2 32
Pilze getrocknet Pfund	5 25, 8 00
Sultaninen Pfund	5 80
Speiseöl und Haselnußöl		

Feinkost-Konserven

Kal in Gelee 1-Pfund-Dose	3 75
Goldbutter in Gelee 1-Pfund-Dose	2 80
Scholle in Gelee 1-Pfund-Dose	1 85
Hering in Gelee 1-Pfund-Dose	2 80
Delikat-Fischfüße	1-Pfund-Dose	1 80
Muscheln in Gelee 1-Pfund-Dose	1 00
Muscheln mariniert 1-Pfund-Dose	1 13
Stinte mariniert 1-Pfund-Dose	1 50
Senfsurken 1-Pfund-Dose	87 Pf.
Delikat-Salzgurken 2-Liter-Dose	2 70

Essig-Gewürzgurken	2-Liter-Dose	3 90
Fischlische 2-Pfund-Dose	4 75
Fischlische 1-Pfund-Dose	2 49
Delikat-Dorschrogen	2-Pfund-Dose	4 50
Prima Sardellen 1-Pfund-Dose	5 00
Feinkost-Paste 40, 75 Pf.	
Hering in Tomaten 1-Pfund-Dose	2 85
Speiseturke 1 75, 3 00	
Delikat-Sardinen, Sardinen in Bouillon		
Echter Kaviar		

Fischwaren

*Salzfische Pfund	1 88
*Gesalzene Makrelen	Pfund	95 Pf.
Delikat-Heringe 2 Stück	95 Pf.
Sardellen Pfund	6 00
Räucherheringe Stück	85 Pf.
Scholle in Gelee 1/2 Pfund	1 23
Fischfüße 1/2 Pfund	95 Pf.
Heringrogen Pfund	2 00
Heringsmilch Pfund	2 20
Dorschrogen Pfund	1 85

Speisen-Pulver

Bäckpulver Paket	12 Pf.
Pudding-Pulver Paket	18 Pf.
Rote Grütze Karton	25 Pf.
Tortepulver Karton	25 Pf.
Schaumspeise Karton	40 Pf.
Kunst-Gelee-Pulver Paket	40 Pf.
Honig-Essenz	für 7 Pf. 24. Flasche	45 Pf.

Fische und Geflügel

Lebende Karauschen Pfund	3 20
Lebende mittelstarke Aale Pfund	6 25
Frische Raibarsche Pfund	68 Pf.
Gänsepökelfleisch Pfund	4 00
Gänsekeulen geräuchert Pfund	9 00
Wildenten Stück von	6 00 an

Weine und Spirituosen

Preise inkl.
Flasche

Rosel- und Rhein-Weine

1915" Wormeldinger Flasche	1 50
1910" Dürkheimer-Frohnhof Flasche	1 75
1911" Herzige-Würzgarten Flasche	2 80
1911" Bad. enh. Schönfelderweg Flasche	2 70
1911" D. ohner-Hosberg Naturgewächs Flasche	3 25
1911" Wiltinger-Rupp Naturgewächs Flasche	4 00
1899" Berncastler-Doktor 1/2 Liter-Flasche	5 00
1905" Winkler-Hafensprung 1/2 Liter-Flasche	5 80

Spirituosen

Jamaika-Rum ca. 40 Proz.		
Deutscher Cognak 1/2 Flasche	
Batavia Arrak-Verschnitt	10 00
Düsseld. Punsch-Extrakte	
Punsch-Extrakte vorzügliche Qualität 7 50, 4 00	
Diverse Liköre 1/2 Original-Flasche von	7 50 an

Rot- und Dessert-Weine

Montagna, vorzügl. Rotwein 2 75	
1911" Château La Tour de Bessan	1/2 Flasche	3 00
Laragona, Feiner Alter	3 50
Insel Samos, Alter	3 50
Sonnenpartner, span. rot. Süßwein	
Douro-Portwein, Alter	4 50
Madeira, Feiner alter	4 50
Sherry, Feiner alter	

Zur Reform des Mannschafsvorsorgungsgesetzes.

Das Mannschafsvorsorgungsgesetz erhebliche Mängel hat, darüber besteht kein Streit. Auch Regierung und Reichstag waren sich im Mai 1913 darüber einig geworden, daß, sobald die Verhältnisse eine allgemeine Ueberprüfung zulassen, was allerdings erst nach dem Kriege der Fall sein wird, eine Neuregelung Platz greifen muß. Diese darf sich allerdings nicht nur auf die Versorgung selbst, die vor allen Dingen bemängelt worden ist, erstrecken, sondern es müssen auch sonst umfassende Änderungen vorgenommen werden. Es ist z. B. ein unhaltbarer Zustand, daß die obersten Militärverwaltungsbehörden nach dem heutigen Recht allein darüber zu entscheiden haben, ob eine Gesundheitsstörung als eine Dienstbeschädigung anzusehen und ob eine Dienstbeschädigung als durch den Krieg erlitten anzusehen ist. Diese wichtigen grundlegenden Fragen sind der Nachprüfung auf dem Rechtswege gänzlich entzogen. Eine einzig dastehende Erscheinung auf dem gesamten Rechtsgebiet; denn doch eine in Anspruch genommene Partei endgültig über den Hauptgegenstand des Streites, d. h. darüber, ob sie überhaupt zur Zahlung verpflichtet ist, zu entscheiden hat, das ist sonst nirgends Rechtens. Es hat leider auch den Anschein, als werde bei der Prüfung der obersten Militärbehörde übertragenen Fragen objektiv nicht immer nach den Grundsätzen der allgemeinen Billigkeit verfahren.

Werkwürdigerweise liefert ein Vertreter des Kriegsministeriums die Grundlage für diese Annahme.

Es ist erklärlich, daß bei der großen Zahl der in den Seeresdienst eingetretenen Ärzte die oberste Seeresleitung das Bedürfnis hat, diese Ärzte über die militärärztliche Sachverständigenfähigkeit auf dem Gebiete des Ertragswesens und der militärischen Versorgung genau zu unterrichten. Zu diesem Zweck sind in Berlin unter Förderung der Medizinalabteilung des Kriegsministeriums vom Zentralkomitee für das ärztliche Fortbildungsweien in Preußen Vorträge veranstaltet worden. Ueber die ersten Vorträge berichtet in der Dezembernummer der ärztlichen Sachverständigenzeitung der Oberarzt im Kriegsministerium, Dr. Martinek. In diesem Bericht gibt Martinek auch den Inhalt eines eigenen Vortrages wieder, den er über die militärärztliche Gutachterfähigkeit gehalten hat. In demselben wird das Gesetz in einer so engen Weise ausgelegt, daß die Interessen mancher Kriegsbeschädigten aufs schwerste beeinträchtigt werden. Namentlich die Erkrankungen der Dienstbeschädigung als Folge der „dem Militärdienst eigentümlichen Verhältnisse“ sind es, die zum Widerspruch herausfordern. M. meint, es handele sich hier um Einwirkungen, die sich nicht nur gegenüber den Beschädigten unter den Verhältnissen des bürgerlichen Lebens manchmal schwer trennen lassen, sondern auch in ihren krankmachenden Wirkungsmöglichkeiten im Einzelfalle nicht immer mit der wünschenswerten Eindeutigkeit zu erfassen seien. Daher — so sagt Martinek — scharfe Kritik namentlich bei den inneren Krankheiten und hier wieder bei den endogen (aus inneren Ursachen) bedingten. Beim Leistenbruch, bei den Krampfadern müßten bestimmte ihrer Natur nach als schädigend in Betracht kommende Vorgänge nachgewiesen sein. Die „dem Militärdienst eigentümlichen Verhältnisse“ schlechthin genügt hier also nicht als Tatbestand einer Dienstbeschädigung. Martinek fordert hier mehr als das Gesetz selbst. Für das Gesetz genügt eine durch die dem Militärdienst eigentümlichen Verhältnisse verurteilte oder verminderte Gesundheitsstörung. Und wenn eine solche Auffassung den im Militärdienst Verhältnis oder im Vertragsverhältnis zu ihr stehenden Ärzten von einem Vertreter des Kriegsministeriums vorgetragen wird, dann wird das natürlich nicht in der späteren Gutachterfähigkeit dieser Ärzte sich geltend machen. Natürlich zumgunsten der Soldaten, deren Ansprüche abgewiesen werden, weil sie den Angaben nach den über das Gesetz hinausgehenden Anforderungen für die Anerkennung nicht gerechtfertigt erscheinen. In anderer Stelle sagt Martinek, daß, wenn es sich um Erkrankungen handelt, die ausschließlich oder vorwiegend endogen bedingt zu sein pflegen, es einer Prüfung bedürfe, ob die erogenen — von außen wirkenden — Kriegseinflüsse eine wesentliche mitwirkende ursächliche Bedeutung gehabt hätten. Er wendet sich auch gegen die Dienstanweisung zur Beurteilung der Militärdienstfähigkeit, in der es heißt: Bei allen Erkrankungen während der Teilnahme an einem Kriege wird ohne weiteres Dienstbeschädigung angenommen werden können, es sei denn, daß die Gesundheitsstörung mit den Sonderverhältnissen des Krieges augenscheinlich keinen Zusammenhang hat oder vorzüglich herbeigeführt worden ist. Er sagt, sie müssen bei vorhandener Krankheitsanalogie oder Grundkrankheit lauten: Hat die ursächlich angeschuldigte militärdienstliche Beschädigung eine vorhandene Anlage oder Grundkrankheit zu einem über den gewöhnlichen Entwicklungsengang hinaus beschleunigten oder ungünstigen Fortschreiten gebracht (Verschlimmerung im eigentlichen Sinne), oder hat sie auf dem Boden einer Anlage oder Grundkrankheit vorzeitig oder in ungewöhnlicher Form Krankheitserscheinungen hervorgerufen, ohne die Anlage oder Grundkrankheit selbst zum Fortschreiten zu bringen.

Wir sind der Meinung, daß, wenn Leute in den Seeresdienst eingetreten sind, bei denen eine Anlage oder Grundkrankheit vorhanden war, jede Verschlimmerung als auf die dem Militärdienst eigentümlichen Verhältnisse auch zurückzuführen ist. Es ist ganz unmöglich, hier zu fordern, daß der Militärdienst eine wesentliche mitwirkende ursächliche Bedeutung gehabt haben müsse oder daß die Krankheit über den gewöhnlichen Entwicklungsengang hinaus beschleunigt oder zum ungünstigen Fortschreiten gebracht worden ist. Das läßt sich gar nicht feststellen. Wie der gewöhnliche Entwicklungsengang ist, läßt sich im einzelnen Falle nie sagen. Möglicherweise wäre es überhaupt zu keiner Entschädigung gekommen. Wird ein in der Gesundheit irgendwie Angegriffener zum Seeresdienst gebracht, dann spricht auch die große Vermutung dafür, daß die weit über den Rahmen der im gewöhnlichen Leben zu verzeichnenden Anstrengungen hinausgehenden des Seeresdienstes hier auch die Ursache bilden. Mehrere Ursachen kommen hier allerdings für das Zustandekommen des dann offenbar gewordenen Leidens in Betracht, aber jede derselben ist als mitwirkende in Anspruch zu nehmen. In erster Linie gerade die besonderen Anstrengungen des Seeresdienstes. Wenn die Auffassung Martinecks in der militär-

ärztlichen Gutachterfähigkeit Eingang findet, dann werden manche Ansprüche abgewiesen werden, weil die Seeresverwaltung auf Grund ärztlicher Gutachten Martineckscher Auffassung den Zusammenhang mit dem militärischen Dienst ablehnt. Jede gerichtliche Instanz fehlt dann, an dem Wortlaut des Gesetzes nachzuprüfen, ob die ärztlichen Gutachten von zutreffender rechtlicher Voraussetzung ausgehen. Heute ist es so, daß reine Rechtsfragen lediglich vom Militärarzt entschieden werden, daß sich ihm auf einem Gebiete, auf dem er naturgemäß gar nicht so bewandert sein kann, das fast entscheidende Wort zusteht. Deshalb aber ist es um so dringender geboten, daß auch die Frage des ursächlichen Zusammenhangs eines Leidens mit dem Seeresdienst die Frage der Dienst- oder Kriegsbeschädigung, nicht allein dem Urteil der Seeresverwaltung überlassen bleibt, sondern die Entscheidung hierüber auch zum Gegenstand eines gerichtlichen Verfahrens gemacht wird. Heute entscheidet diese Fragen ausschließlich die Seeresverwaltung. Daß sie ihr nicht überlassen bleiben dürfen, wird bewiesen gerade durch die Ausführungen Martinecks.

Das Wohnungsgesetz

nach den Kommissionsbeschlüssen erster Lesung.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses hat in erster Lesung das Wohnungsgesetz eine Reihe nicht unwesentlicher Änderungen beschlossen. So ist es diesmal gelungen, wenigstens einige sozialdemokratische Anträge zur Annahme zu bringen. Von der obligatorischen Vorschrift des Erlasses von Wohnungsordnungen für alle Gemeinden und Gutsbezirke hat die Kommission Abstand genommen, dagegen hat sie den § 2 des Artikels 3, der in der Regierungsvorlage nur besagte, daß durch Wohnungsordnungen die Benutzung baulich nicht genehmigter Räume als Wohn- oder Schlafräume verboten werden kann, folgendermaßen abgeändert:

Durch Wohnungsordnungen ist vorzuschreiben, daß als Wohn- oder Schlafräume (auch Kassen) nur solche Räume benutzt werden dürfen, welche zum dauernden Aufenthalt von Menschen baulich genehmigt sind. — Ausnahmen sind nur zulässig für Gebäude, die zur Zeit des Inkrafttretens des Wohnungsgesetzes bereits bewohnt waren.

Im § 3, der die besonderen Vorschriften enthält, die die Wohnungsordnungen treffen können, sind einige von unserem Vertreter beantragte Änderungen angenommen worden. Es heißt jetzt, daß auch Vorschriften getroffen werden können über eine den gesundheitlichen Anforderungen entsprechende bauliche Beschaffenheit und Instandhaltung der Hausflure, Treppen, Höfe und sonstigen der gemeinsamen Benutzung der Hausbewohner dienenden Teile des Hauses; ferner daß Vorschriften getroffen werden können über die Aborte, wobei in städtischen Verhältnissen in der Regel zu fordern ist, daß ein Abort von höchstens zwei Familien benutzt werden darf. Das sind Verbesserungen von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Noch mehr fällt ins Gewicht die Änderung zu § 4, wo es geäußert ist, die Bestimmungen hineinzubringen, daß durch Polizeiverordnungen, durch welche die Unterbringung von Arbeitern geregelt wird, Mindestanforderungen getroffen werden müssen (die Regierungsvorlage wollte sich auch hier mit Komm.-Vorschriften begnügen). Ferner ist in den § 4 auf sozialdemokratischen Antrag folgende Bestimmung aufgenommen:

Die gemeinsamen Wohnräume für Arbeiter (Arbeiterkassernen) müssen so eingerichtet sein, daß in der Regel für jede Familie ein besonderer abschließbarer Raum vorhanden ist, der den allgemeinen Ansprüchen an Gesundheit und Sittlichkeit entspricht. Für lediges Arbeiterpersonal müssen Räume zur Verfügung stehen, die die Trennung der Geschlechter gewährleisten.

Von den zahlreichen sozialdemokratischen Anträgen zu Artikel 4 (Wohnungsaufsicht) gelangte ein Antrag zur Annahme, wonach, sofern nicht für die Nachweisung kleinerer Wohnungen durch andere Einrichtungen in ausreichender Weise gesorgt ist, in Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern gemeindliche Wohnungsnachweise zu errichten sind und wonach ferner zugleich durch Polizeiverordnung den Vermietern solcher Wohnungen die Pflicht zur Anmeldung verfügbarer Wohnungen und zur Abmeldung vermieteter Wohnungen aufzuerlegen ist.

Der Artikel 6 (Zerstückelung staatlicher Mittel) erfährt auf Antrag des Zentrums einen Zusatz, wonach der von der Regierung eingeforderte Betrag von 20 Millionen Mark nicht nur zur Beteiligung des Staates mit Stammeinlagen bei gemeinnützigen Bauunternehmungen zu verwenden ist, sondern auch als Darlehen an gemeinnützige Bauunternehmungen verwendet werden kann.

Die Kommission beabsichtigt noch, eine zweite Lesung der beiden Gesegentwürfe vorzunehmen.

Aus der Partei.

Die Schlußstunde der Partei.

Die Aunabgebungen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses haben in der Partei ein gewaltiges Echo geweckt. Allorten beginnen sich die Organisationen mit Recht gegen die Aertreiber und Parteizerschörer zusammenzuschließen. Für die Provinz Schlesiens ergeht schon ein Aufruf, der unterzeichnet ist von sämtlichen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten der Provinz (mit Ausnahme Bernsteins), den sozialdemokratischen Reichstagskandidaten und den vier Bezirksleitungen für Oberschlesien, Mittelschlesien, Niederschlesien und Ober-Langensielau. In dem Aufruf heißt es, nachdem ein Ueberblick über das Treiben der Parteizerschörer gegeben ist:

Wohin soll das führen? Lange genug hat der Vorstand der Partei in Aufrufen und Warnungen an die Zerschörer aufgefordert, die Einheit der Partei zu schützen und von dem gefährlichen Treiben Abstand zu nehmen. Nur Dohn hätte ihm als Antwort entgegen. Wollte er die Partei nicht ganz zerstören lassen, müßte er endlich energisch eingreifen und hat das nun getan, indem er jeden einzelnen von uns, jeden Verein im Lande vor die Frage stellte: Wo gehörst Du hin? Bist Du im Verbände der deutschen Sozialdemokratie bleiben, dann soll Deine Meinungsfreiheit nicht beschränkt sein, die Aktion der Partei aber darfst Du nicht hindern, fördern und durchsetzen! Bist Du aber den Weisungen der Sonderorganisation folgen, dann trenne Dich aus dem Rahmen der Gesamtpartei, zu deren Totengräber Du sonst werden würdest. Die reinliche Scheidung ist ein Gebot der Klarheit und der Ehrlichkeit für die Anhänger beider Ansichten. Statt sich in unruhigem Wehregeweise zu verhalten, ziehe jeder seine eigene Straße und wirke für seine Anschauungen.

Der Aufruf konstatiert, daß es den Parteizerschörern noch nicht gelungen sei, in Schlesiens Boden zu gewinnen, er ermahnt die Genossen und Genossinnen, alle Zerstückelungsversuche zurückzuweisen und schlägt mit den Worten:

Wir gehen nichts auf von den großen Zielen des Sozialismus und der Demokratie, aber wir stehen an der Seite des Volkes in den Tagen der Not, bis endlich der erwünschte Friede kommt! Entscheide sich jeder, wohin er gehen will und dann: Auf, Sozialisten, schlägt die Feinde!

Der Bezirksvorstand des Chemnitzer Agitationsbezirks erläßt an die Parteigenossen des 10., 15., 16., 17., 18., 20. und 21. sächsischen Reichstagswahlkreises einen Aufruf, in dem es heißt:

Gemäß dem Gutachten des Parteiausschusses vom 18. d. M. und dem Aufruf des Parteivorstandes vom 20. Januar, die wir durchaus billigen und begrüßen, weisen auch wir darauf hin, daß Genossen und Organisationen, die sich mit den Beschlüssen der Reichstagskonferenz der Gruppen Arbeitgemeinschaft, Spartakus und Internationale solidarisch erklären, nicht gleichzeitig Mitglieder der sozialdemokratischen Partei sein oder bleiben können. Wir werden in jedem Falle in unserem Bezirk die erforderlichen Maßnahmen treffen. In die Parteigenossen unseres Bezirkes richten wir die dringende Mahnung, jeder Art von Sonderbestrebungen und Sonderorganisation auf das entschiedenste entgegenzutreten, wie bisher die Disziplin gegen Wehrheitsbeschlüsse, die unsere Partei stark machte, zu üben und der Partei unbedingte Treue zu bewahren.

Die Vertreter der Bezirksvereine des 19. sächsischen Reichstagswahlkreises (Chemnitz) nahmen nach einer Referat des Landtagsabgeordneten Genossen Wehnert über die Verhandlungen des Parteiausschusses mit 63 gegen 2 Stimmen die Entschlieung an, in der gesagt wird:

Die Ausschussvertreter des Sozialdemokratischen Vereins für den 18. sächsischen Reichstagswahlkreis verurteilen aufs schärfste die Abhaltung der Sonderkonferenz der Arbeitgemeinschaft, Spartakusgruppe und Internationale. . . Die propagierte Organisation der Widerheit innerhalb der Parteiorganisation bedeutet nichts anderes als die Auseinanderreißung der Partei und damit die schwerste Schädigung der proletarischen Interessen.

Die Organisationsvertreter des 16. Kreises begrüßen deshalb das entschiedene Vorgehen des Parteivorstandes und des Parteiausschusses und billigen die in der Parteiausschussitzung vom 18. Januar 1917 gefassten Beschlüsse.

Der Gauvorstand der sozialdemokratischen Partei Nordhohern gibt in einem Aufruf seinem tiefen Schmerz über die Verschärfung der Parteizerrüt Ausdruck. Am Schluß des Aufrufs heißt es:

Deshalb ergeht an alle Genossen und Genossinnen in Nordhohern unsere Bitte, keinen Stein aus unseren Sturmeproben Organisationen auszubringen, sie unversetzt einseitig und geschlossen zu erhalten und gegen jeden Versuch zu wirken, der eine Sonderorganisation anbahnen soll.

Zwei Renegaten predigen Grundfälle.

Die „Leipziger Volkszeitung“ zieht jetzt jeden Tag mit schweren Beschüß gegen die sozialdemokratische Partei zu Felde. In ihrer jüngst erschienenen Nummer hat sie sich die richtigen Männer zu diesem Zwecke ausgesucht: Auf der Vorderseite hält Eduard Bernstein gewaltige Moralpredigten, während Kurt Eisner mit Kaffeehandwischen und weiter hinten — auch nicht imponieren kann. Die beiden glorreichen Matadore, deren einer als Mitglied der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 4. August 1914 mit am eifrigsten für die Bewilligung der Kriegskredite eintrat, während der andere — außerhalb der Fraktion stehend — seinen ganzen moralischen und persönlichen Einfluß bei den Fraktionsmitgliedern und der Parteipresse für die Kreditbewilligung einsetzte, die dann beide unter neurotischen Begleiterscheinungen eines Tages umfielen, bilden jetzt die Kronzeugen der „Leipziger Volkszeitung“ für wahre Prinzipienfestigkeit. In solchem Zusammenhang macht es sich herrlich, wenn Eduard Bernstein schreibt:

Dagegen ist gar nicht zu bestreiten, daß die Politik der Reichstagsfraktion, gegen die die Opposition sich wendet und zu deren Schutz die Vergewaltigung der Opposition betrieben wird, in offenbarem Widerspruch steht mit unzweideutigen Beschlüssen der Parteitage über Militarismus, Imperialismus, Budget- und Steuerbewilligungen.

Ist Eduard Bernstein, als er am 4. August die Kriegskredite bewilligte, auch schon der gleichen Auffassung gewesen? — Was die Antwort lautet wie sie will, es bleibt jedenfalls ein erhebendes Beispiel, die Renegaten Bernstein und Eisner von der Plattform der „Leipziger Volkszeitung“ aus den Massen zurufen zu sehen: „Wer seine Heberzeugung nicht so oft wechselt wie wir, ist ein Gefinnungslump!“

Der Tod des Genossen Gnocchi-Biani.

Im Alter von beinahe 80 Jahren ist am 9. Januar in Mailand Genosse Gnodchi-Biani unerwartet einer Aderverkalkung erlegen. In Gnodchi-Biani verlor das italienische Proletariat einen seiner ersten und ältesten Agitatoren. Der Verstorbene gehörte anfangs der republikanischen Partei an. Sein Uebertritt zum Sozialismus erfolgte zu Ende der sechziger Jahre. Seit ihrer Gründung gehörte er der Arbeiterpartei an, um deren Klärung und Ausbreitung zur sozialistischen Partei er sich große Verdienste erwarb. Obwohl er wiederholt Parteikandidat war — er entschied sich mit Vorliebe für Wahlkreise, in denen keine „Gefahr“ bestand, gewählt zu werden — stand Gnodchi-Biani nie im Vordergrund der politischen Bewegung. Er stand zwar immer seinen Mann, als er im Jahre 1890 als einziger sozialistischer Stadtwahlkandidat in Mailand gewählt wurde, aber das Hauptfeld seiner Tätigkeit war das der Gewerkschaftsbewegung. Der Verstorbene hat fast sein ganzes Leben lang an einem technischen Fachblatt als Redakteur gewirkt, war dann kurze Zeit Sekretär der „Lumanitaria“ und ist in sehr beschränkter wirtschaftlicher Lage gestorben, in der er, trotz seiner großen Intelligenz und Arbeitskraft, stets gelebt hat. Er hatte auch für unsere Bewegung wiederholt Gefängnisstrafen erlitten.

Zum Gedenktag haben in letzter Zeit wieder eine Anzahl von Versammlungen Stellung genommen. In Kottbus nahm eine von über 1500 Männer und Frauen besuchte Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Genosse Giebel referierte, einstimmig eine Resolution an, die die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem Gesetz zur heißt und ebenso die auf dem Grundtag der Landesverteidigung stehenden Friedensbestrebungen billigt. — Eine Resolution in gleichem Sinne nahm, ebenfalls nach einem Referat Giebels, eine stark besuchte öffentliche Versammlung in Brandenburg an. — Eine zahlreich besuchte Versammlung der Stuttgarter Polarbeiter stimmte einem Vortrag des Genossen Keil über das Hilfsdienstgesetz mit großer Mehrheit zu. Ein Antrag im Sinne der Arbeitgemeinschaft erhielt nur vier Stimmen.

Das Elend in der Spielwarenindustrie.

Die deutsche Spielwarenindustrie hat im Frieden alljährlich an Waren, die im einzelnen nur einen geringen Wert repräsentieren, für mehr als 100 Millionen Mark ausgeführt. Die deutschen Spielwaren gingen in alle Weltteile und sie haben jede Konkurrenz aus dem Felde geschlagen. Das ist der Billigkeit der deutschen Spielwaren zu danken und diese wiederum gründet sich auf die niedrigen Löhne, die den Arbeitern gezahlt werden. Der Hauptstich der Holzspielwarenindustrie ist das sächsische Erzgebirge, wo der Land, der die Kinderherzen erheitert, zum Teil in Fabriken, überwiegend aber in der Heimarbeit hergestellt wird. Von der Lage der Heimarbeiter in der Spielwarenindustrie

haben die verschiedenen Heimarbeitersausstellungen erschütternde Bilder entrollt. Kinder im Alter von 4 bis 5 Jahren werden schon zur Arbeit angehalten und die Arbeitszeit des Heimarbeiters währt im Winter von morgens 6 oder 7 Uhr bis abends 11 oder 12 Uhr. Im Sommer wird schon um 4 oder 5 Uhr angefangen und bis abends 8 oder 9 Uhr gearbeitet. Und der Lohn? Bei der Heimarbeitersausstellung in Berlin im Jahre 1906 waren Spielwaren aus dem Erzgebirge ausgestellt, bei denen der Durchschnittsverdienst der Erzeuger zwischen zwei und sechs Pfennig in der Stunde schwankte. Hierbei ist noch die Arbeitsleistung der kleinsten Kinder von 4 bis 6 Jahren unberücksichtigt geblieben.

Unter dem Einfluß des Krieges hat natürlich auch die Spielwarenindustrie schwer gelitten, da ihr die Exportmöglichkeit fast völlig abgeschnitten ist. Schwer wird es aber von den Interessenten empfunden, daß man jetzt im Auslande daran geht, durch Aufnahme der Produktion den deutschen Spielwaren ernsthaft Konkurrenz zu bereiten. Die Herstellung von Spielwaren in Amerika und in England, womit während des Krieges begonnen wurde, würde wenig besagen; wenn erst wieder die Exportmöglichkeit gegeben ist, würden die billigen Preise des deutschen Fabrikats diese Konkurrenz leicht schlagen. Es ist kaum anzunehmen, daß sich in Amerika und in England Arbeiter finden, die bei so niedrigen Löhnen so viel leisten wie die deutschen Heimarbeiter in der Spielwarenindustrie. Denn nicht sowohl auf dem technischen Fortschritt und der Massenherstellung in den Fabriken, sondern auf dem niedrigen Lohnstand der Heimarbeiter beruht die Stärke der deutschen Spielwarenindustrie.

Neuerdings hat man auch in Frankreich begonnen, mit dem Gedanken der Deckung des Bedarfs an Spielwaren im eigenen Lande zu liebäugeln; ob der Versuch zu nennenswerten Ergebnissen führen wird, darf jedoch nach dem, was über die ersten Schritte auf diesem Wege bekannt geworden ist, billig bezweifelt werden. Nach einem Bericht des „Temps“ ist vor einiger Zeit in den Tuilerien in Paris eine Ausstellung deutscher Spielwaren arrangiert worden. Das große Publikum war von dieser Ausstellung, in welcher die beschlagnahmten Musterlager der deutschen Händler in systematischer Anordnung zur Schau gestellt waren, ausgeschlossen. Nur französische Kaufleute und Fabrikanten waren zugelassen und der ausgesprochene Zweck der Ausstellung war es, Anregungen zu geben, um Frankreich von der deutschen Spielwarenindustrie unabhängig zu machen. In gutem Willen wird es sicher nicht fehlen, es besteht aber guter Grund zu der Annahme, daß der Erfolg den Erwartungen nicht entsprechen wird.

Ernst zu nehmen sind die neuerdings in der Schweiz unternommenen Versuche, neue Zweige der Heimindustrie im Lande einzubürgern, wobei man auch ein Auge auf die Spielwarenindustrie geworfen hat. In jüngster Zeit veranstaltete Heimarbeitersausstellungen sollen ein günstiges Ergebnis gezeitigt haben. Daß ihnen von dieser Seite eine ernste Gefahr droht, haben auch die schweizerischen Spielwarenfabrikanten erkannt. Die Handelskammer Dresden hat bereits eine Eingabe an das Staatsministerium gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß die Entsendung von Fachleuten und die Lieferung von Rohstoffen aus Deutschland nach der Schweiz zur Errichtung eines Fachbetriebes der Spielwarenherstellung, in dem deutsche Kriegsgefangene beschäftigt werden sollen, der deutschen Spielwarenindustrie dauernd schaden könnten.

Die „Holzarbeiter-Zeitung“ nimmt diese Vorgänge zum Anlaß, um auf den Nachteil hinzuweisen, der von der ausländischen Konkurrenz den deutschen Spielwarenarbeitern droht. Es ist naheliegend, daß verliert werden wird, deren Löhne noch weiter zu drücken, ihre elende Lebenshaltung noch weiter zu verflümmern. Das Blatt regt an, zu erwägen, ob nicht der gegenwärtige Zeitpunkt besonders geeignet sei, wenigstens den Nachwuchs lohnenderen Erwerbsszweigen zuzuführen. In der Broschüre „Bilder aus der Heimarbeit in der Holzindustrie“, die der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes anlässlich der Heimarbeitersausstellung im Jahre 1906 herausgegeben hat, wird auch dieser Gegenstand erörtert und hierbei ausgeführt:

„Das einzige wirksame Mittel zur Vermeidung der unwürdigen Ausbeutung ist ein langsames Aussterben der Alten und eine systematische Eindringung des Nachwuchses in die Fabriken. Mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation dürfte es diesem Nachwuchs innerhalb der Fabriken leichter möglich sein, dortselbst bessere Zustände zu schaffen.“

Die Durchführung eines solchen Planes dürfte freilich erheblichen Schwierigkeiten begegnen; nicht nur die Fabrikanten und Händler werden sich für die Erhaltung der Heimarbeit ins Zeug legen, auch die Heimarbeiter selbst werden nicht übermäßig davon erbaute sein. Aber solche Widerstände dürfen den weiter blühenden Sozialpolitiker nicht hindern, ein notwendiges Werk in Angriff zu nehmen. Auch das ist ein wichtiges Stück der Uebergangswirtschaft. Diese darf ihre Aufgabe nicht nur darin erblicken, die Verhältnisse in der Industrie auf den früheren Zustand zurückzuführen. Zu den Zweigen, die vermorstet sind und zurückgeschnitten werden müssen, gehört auch die Spielwarenindustrie als eine Brutstätte des Heimarbeitertums. Es ist möglich, die deutsche Spielwarenindustrie auf eine gesündere Grundlage zu stellen, als auf die Not und das Elend der Heimarbeiter. Eine gründliche Reform in Angriff zu nehmen, ist jetzt der günstigste Zeitpunkt; möge man ihn nicht ungenützt verstreichen lassen.

Die „Eingemeindung“ von Longwy-Briey

Zu diesem Thema schreibt Genosse Otto Hue: Ein imperialistischer Wirtschaftspolitiker hat verüßert: Das Erzgebirge von Briey und das Revier der bituminösen Kohle sind für Deutschland Lebensbedürfnis.“

Wenn die „Eingemeindung“ des Erzgebirges von Longwy-Briey und der nordfranzösisch-belgischen Kohlenbecken ein „Lebensbedürfnis Deutschlands“ wäre, so wäre daraus zu folgern, daß „Deutschland“ der Besitzer der betreffenden Gruben und Hüttenwerke werden muß, also das Deutsche Reich den Betrieb jener industriellen Anlagen sowie den Vertrieb ihrer Erzeugnisse in eigener Regie übernimmt.

Wer man wird in der alldutschen „Eingemeindungs“-Agitation vergeblich nach dem Vorschlag suchen, in den zu annektierenden Grenzgebieten ein bergbau- und hüttenindustrielles Reichsmonopol zu etablieren! Vielmehr sind gerade die aggressivsten „Eingemeindungs“-Agitatoren auch zugleich die heftigsten Gegner der Bergbauverstaatlichung bzw. von industriellen Reichsmonopolen. Unter der Hand dieser alldutschen-imperialistischen „Eingemeindungs“-Agitation hat sich das „Lebensinteresse Deutschlands“ flugs um in das Ausbehnungsbedürfnis der privatkapitalistisch-industrialisierten Großindustrie. Schreibt doch z. B. Herr Vert-

hold Rothmann, Direktor der Oberschlesischen Stahlwerke-Gesellschaft in der „Wirtschaftszeitung der Zentralmächte“ vom 5. d. R. rund heraus: „Sollte Belgien auf Grund der Friedensverhandlungen von uns wieder geräumt werden, so werde doch der Absatz der belgischen Kohle und des belgischen Eisens ins Ausland nur im Einklang mit den deutschen industriellen Verbänden (!) ... erfolgen dürfen!“ Das weißdeutsche Kohlenhändler- und der deutsche Stahlwerkerverband sollen mithin auch die Kontrolle über die belgische Montanindustrie bekommen.

Kann aber denn außerdem nachgewiesen werden, daß Deutschland seinen Eigenbedarf an Kohle, Erzen, Eisen und Stahl nicht decken kann ohne „Eingemeindung“ des nordfranzösisch-belgischen Kohlenreviers und der nordfranzösisch-belgischen Eisenerzgebiete?

Ein Blick auf unsere Produktions- und Handelsstatistik zeigt uns, daß, gemeinwirtschaftlich gesprochen, ein „Lebensbedürfnis Deutschlands“ für jene „Eingemeindungen“ nicht vorliegt. Wir litten vor dem Kriege weder unter einem Mangel an Kohle und Erz, noch unter einem Mangel an Erzen, Eisen und Stahl. Vielmehr wurde bei uns ein solcher Rohstoffüberfluß gefördert, daß von 1900 bis inkl. 1913 unsere Steinkohlausfuhr von 15,24 auf 34,30 Millionen Tonnen stieg; unsere Eisenausfuhr nahm gleichzeitig von 2,22 auf 6,48 Millionen Tonnen zu. Dieser gewaltigen Ausfuhrsteigerung stand 1913 eine Kohleneinfuhr von 10,5 (davon 9,2 allein aus England) und nur eine Eiseneinfuhr von rund 0,8 Millionen Tonnen gegenüber. Wir hatten mithin einen riesigen Rohstoffüberfluß; und gerade die Wirtschaftsgüter, deren Kohlenbezirk angeblich ein „Lebensbedürfnis Deutschlands“ sein sollen, Frankreich und Belgien, waren nach Oesterreich-Ungarn unsere größten Kohlen- und Eisenerzlieferanten. Unsere Kohlen- und Eiseneinfuhr nach Belgien-Frankreich war zeitweilig so massenhaft, geschah noch dazu zu so relativ niedrigen Preisen (unter den deutschen Inlandspreisen!), daß die Vertreter der belgischen und französischen Bergarbeiter im Internationalen Bergarbeiterkomitee uns wiederholt dringend ersuchten, doch dieser billigen Rohstoffzufuhr entgegenzutreten, weil sie in Belgien und Frankreich Veranlassung zur Erniedrigung der Bergarbeiterlöhne gäbe!

Unser Verbrauch an Eisenerzen konnte allerdings vor dem Kriege nicht mehr völlig im Inlande gefördert werden. Von den etwa 42 Millionen Tonnen Eisenerzen, die 1913 von der deutschen Hüttenindustrie verbraucht worden sind, kamen etwa 11 Millionen Tonnen aus dem Auslande, wovon aber nur 3,8 aus Frankreich (hauptsächlich ostfranzösische Minette), dagegen rund 8 1/2 Millionen Tonnen aus Skandinavien und Spanien kamen. Andererseits wurden 2,6 Millionen Tonnen im deutschen Zolllande gewonnene Eisenerze (wohl fast nur lothringisch-luxemburgische Minette) nach Belgien und Frankreich ausgeführt! Die ober-schlesische Hochofenindustrie hat so gut wie gar keine französischen Erze verhäutet — 1913 nur 2753 Tonnen bei einem Gesamtverbrauch von 1,14 Millionen Tonnen —, sie konnte sich immer noch vorteilhafter aus Skandinavien, Siegen-Rassau, Oesterreich-Ungarn und Rußland versorgen, weil die relativ geringhaltige Minette (durchschnittlich nur 30—33 Proz. Eisen) den weiten Bahntransport nicht vertragen kann. Daran würde auch durch die „Eingemeindung“ von Longwy-Briey gar nichts geändert.

Unsere westdeutschen Großhütten haben die Einfuhr von Qualitäts-erzen (die nicht im Becken Longwy-Briey vorkommen!) in den letzten Jahren vor dem Kriege so forciert, daß darüber einheimische Erzgebiete schwer ins Gedränge gekommen sind. In einer Denkschrift (1909) liegen-nassauischer Erzbergbau-interessenten wurde von der Regierung schon eine Erschwerung der Erzeinfuhr durch Einfuhrzölle verlangt und erklärt: „Als die Hauptursache der jetzigen trostlosen Lage unseres Eisenerzbergbaues muß die Konkurrenz der aus dem Auslande in riesigen Mengen eingeführten Eisenerze bezeichnet werden!“

Die deutsche Hocheisenerzeugung betrug 1913 rund 19 Millionen Tonnen. Befehle der Hall, wir hätten damals gar kein Erz aus Frankreich bekommen, so hätte das einer Eisenerzeugung von nur einer Tonne Eisen entsprochen. Auch dann wäre unsere Eisenerzeugung noch weit über den Eigenbedarf hinausgegangen, wir könnten immer noch zirka 8 Millionen Tonnen ausführen. Damit standen wir immer noch weit an erster Stelle mit der Eisenerzeugung in Europa.

Ist also aus unserer Produktions- und Handelsstatistik kein „Lebensbedürfnis Deutschlands“ nach der „Eingemeindung“ der fraglichen Kohlen- und Erzgebiete nachweislich, so muß man erst recht warnend fragen, wie sich die allseitig als selbstverständlich bezeichnete Wiedereinführung unserer nationalen Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft nach solcher „Eingemeindung“ vollziehen soll! Es genügt nicht, zu produzieren, man muß auch Verbraucher haben. Und gerade wenn man den schon zitierten Artikel in der „Wirtschaftszeitung“ mit seinem besorgten Ausspruch über die drohende amerikanische Konkurrenz auf dem europäischen Markte nachdenklich liest, kann man allen Deutschen nur dringend raten, seiner „Eingemeindungs“-Politik das Wort zu reden, die verhindern würde, daß ein gerechter und für alle Kriegführenden annehmbarer Friede möglich sei!

Aus Industrie und Handel.

Getreidemonopol nach dem Kriege?

Nach dem „Berl. Tagbl.“ ist die dauernde Beibehaltung des Getreidemonopols nach dem Kriege in Kreisen der Regierung bereits eine beschlossene Sache. Eine Abfindung der Getreidehändler soll nicht in Betracht kommen.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Bilanz der Aktiengesellschaft für chemische Produkte vormals H. Scheidemann in Berlin ergibt nach Abschreibungen von 2 150 000 M. und Rücklagen von 2,38 Millionen Mark (im Vorjahre betragen Abschreibungen und Reservebildung 1,975 Millionen Mark) einen Ueberschuß von 2 704 312 M. (i. V. 738 670 M.). Die Verwaltung schlägt vor, hieraus den ordentlichen Reservefonds durch Zuweisung von 784 816 Mark (i. V. 255 183 M.) auf 10 Proz. zu bringen, den Aktionären eine Dividende von 12 Proz. gegen 6 Proz. im Vorjahre zu zahlen, 300 000 M. einem Preisausgleichsfonds und 250 000 M. einer Unterstützungskasse für Beamte und Arbeiter zuzuwenden. Die Gesellschaft hat die Grundstücke Berlin, Schillingstraße 10/11, zur Errichtung eines Verwaltungsgebäudes erworben und eröffnet in München mit Rücksicht auf die großen bayerischen Interessen ein Zweigbüro. Der Umsatz der Gesellschaft und der unter deren Verwaltung stehenden Fabrikationsgesellschaften beläuft sich auf 58 658 087 M.

Tabakbau und Tabakernte in Deutschland 1915.

Die „Wirtschaftszeitung“ hat die Statistik des Deutschen Reiches bringen jetzt das abschließende Ergebnis der Tabakernte in Deutschland für das Jahr 1915. Wir entnehmen daraus, daß die bedeu-

te Fläche von 10 355,12 Hektar in 1914 auf 9015,43 Hektar zurückgegangen ist, demgemäß auch der Gesamtsertrag des geernteten Tabaks in dreifachem, getrocknetem Zustand von 22 811 557 Kilogramm auf 21 598 514 Kilogramm. Der durchschnittliche Ertrag auf 1 Hektar ist dagegen gestiegen von 2203 Kilogramm auf 2358 Kilogramm. Der mittlere Preis für 1 Doppelzentner stellte sich ohne Steuer auf 130,20 Mark gegen 66,01 Mark in 1914. Die Kriegsteuerung machte sich also in ganz erheblichem Maße bemerkbar. Der Gesamtertrag der Tabakernte stellte sich auf 28 060 027 RM. gegen 13 065 388 Mark in 1914.

Gerichtszeitung.

Ist Grügwurst als „Fleisch“, anzusehen? Mit dieser Frage mußte sich das Kammergericht in einer Strafsache gegen den Fleischermeister D. beschäftigen. D. sollte sich gegen die Bundesratsverordnung zur Einschränkung des Fleisch- und Fettverbrauches dadurch vergangen haben, daß er Grügwurst an einem Freitag verkaufte. Schöffengericht und Landgericht stellten sich übereinstimmend auf den Standpunkt, daß Grügwurst auch als „Fleisch“ im Sinne jener Verordnung anzusehen sei, und verhängten über den Fleischermeister eine Geldstrafe. Das Kammergericht hob jedoch das Urteil auf und entschied, daß Grügwurst nicht unter den Begriff des Fleisches falle. Wenn § 8 der Bekanntmachung „Würste aller Art“ als Fleischwaren anpreche, so könnten damit nur solche Würste gemeint sein, die ganz oder teilweise aus Fleisch bestehen. Die vom Angeklagten aus Blut, Fleischbrühe und Gräbe hergestellten Würste enthalten kein Fleisch, seien also keine Fleischwaren. Die entgegenstehende Ansicht des Berufungsgerichts würde zur Folge haben, daß auch Erdmüßel und andere in Därme gefüllte Nahrungsmittel (Pischwürste u. a.) unter die Verordnung fielen. Fleischbrühe sei noch kein Fleisch, und ebenso wenig sei nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch Blut als Fleisch anzusprechen.

Aus aller Welt.

Schiffbruch.

Bern, 27. Januar. Nach einer Meldung des „Temps“ aus Madrid ist der norwegische Dampfer „Gangland“ (5000 Tonnen) an der spanischen Küste gescheitert.

Wegen Malzschiebung verhaftet.

Büdingen, 27. Januar. Die des „Schweinfurter Tageblatt“ meldet, wurde Direktor Rudy von der Malzfabrik Wehrhahn wegen Malzschiebereien von Bayern nach Norddeutschland verhaftet.

Beim Erdbeben auf der Insel Bali in Niederländisch-Indien haben 550 Menschen den Tod gefunden. Zahlreiche Gebäude sind total zerstört.

Verhaftung eines Verbrecherpaars. Die des Nordes an Frau Lofsky in Wien verdächtige Wilhelmine Lichtenecker und Alexander Hirt wurden Freitag nachmittag in einer Kaffeehandlung in Graz verhaftet. Hirt wehrte sich mit einem Revolver, konnte aber überwältigt werden.

Spiegel u. D. Die englische Presse widmet begeisterte Zeilen dem Detektiv William Hester, der dieser Tage in der Rubelstadt getreten ist. Seine Spezialarbeit war die Jagd nach Anarchisten, und wenn der russische Jor eine Reise nach dem Ausland unternahm, so geschah es nie ohne die Geleitung dieses Gentleman. Seit Kriegsausbruch widmete er sich ganz der edlen Aufgabe, nach deutschen Spionen zu fahnden, was ihm gewisse Entschädigungen brachte, da er in jedem harmlosen Frevler einen gefährlichen Spion witterte.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäscharbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin. Sebastiansstr. 37/38.

Achtung! Damenkonfektion! Achtung!

Montag, den 29. Januar, abends 7 Uhr, in den Musikerkälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31:

Versammlung.

1. Welche Bedeutung hat die Arbeitslosenfürsorge der Stadt Berlin für die Damenkonfektion? Referent: Kollege Holtmann. 2. Verschiedenes.

Kollegen und Kolleginnen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung und der vielen Unfälle, die noch in den Kreisen der Damenkonfektion vorkommen, ersuchen wir um recht zahlreiches Erscheinen. Die Kommission.

Sonnabend, den 3. Februar, abends 8 Uhr, bei Schulz, Königgraben 2:

Versammlung der taubstummen Kollegen in der Herrenkonfektion.

In dieser Versammlung wird ein taubstummer Kollege einen Vortrag halten und bitten wir daher, vollständig zu erscheinen. 184/9 Die Kommission.

Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Am Mittwoch, den 31. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 3:

General-Versammlung.

1. Jahresbericht und Bericht der Kommission. 2. Vorhandwahl und Wahl der Kommission. Wegen früherer Beschlüsse wird die Versammlung Punkt 8 Uhr eröffnet. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erforderlich. Der Vorstand.

Deutscher Textilarbeiter-Verband.

Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Andreestr. 17, in der Geschäftsstelle. Tel. 2. April. 1873.

Mittwoch, den 31. Januar 1917, abends 8 Uhr, im Lokal von Nowotnik, Langestraße Nr. 30:

General-Versammlung.

1. Kassen- und Geschäftsbericht vom Jahre 1916. 2. Diskussion. Die Mitglieder werden ersucht, für einen guten Versammlungsbesuch zu sorgen. Der Vorstand. 19/09

Direktion Max Reinhardt:
Deutsches Theater.
 7 1/2 Uhr: Dantons Tod.
 Nachm. 2 1/2 Uhr (kl. Pr.): Hamlet.
 Montag: Dantons Tod.
Kammerspiele.
 7 1/2 Uhr: Gespenstersonate.
 Nachm. 2 1/2 Uhr (kl. Pr.): Minna von Barnhelm.
 Montag: Gespenstersonate.
Volkshöhle, Theat. a. Bülowplatz.
 7 1/2 Uhr: Die Ratten.
 Nachm. 3 Uhr (kl. Pr.): Nachtsyl.
 Montag: Armut.
Theater in der Königsgräber Str.
 7 1/2 Uhr: Jan der Wunderbare.
 Nachm. 3 Uhr: Kameraden.
Komödienhaus.
 7 1/2 Uhr: Die verlorene Tochter.
 Nachm. 3 Uhr: Der 7. Tag.
Berliner Theater.
 7 1/2 Uhr: Auf Flügeln des Gesanges.
 Nachm. 3 Uhr: Wenn zwei Hochz. mach.

Verband der Freien Volkshöhlen
 Sonntag, den 28. Januar 1917:
 Nachmittag 3 Uhr:
 Volkshöhle, Theater am Bülowplatz:
 Nachtsyl.
 Schiller-Theater, Charlottenburg:
 Kater Lampe.
 Schiller-Theater: Schwarzer Peter.
 Schiller-Theater Ost: Johannisfeuer.
 Nachmittag 2 1/2 Uhr:
 Seßing-Theater: Die gutgeschüttelte Gede.
 Deutsches Opernhaus: Die Entführung aus dem Serail.
 Abends 7 1/2 Uhr:
 Volkshöhle, Theater am Bülowplatz:
 Montag, Mittwoch, Donnerstag:
 Kater Lampe.
 Freitag: Die Ratten.
 Abends 8 Uhr:
 Gymnasium zum Grauen Kloster:
 Leicabehn.



Berliner Volks-Chor
 M. d. D. A.-S.-B.
 Dirigent i.V.: Herr Königl. Musikdirektor Max Eschke.
Konzert
 am Sonntag, den 28. Januar, abends 7 Uhr, in der **Garnisonkirche,** Neue Friedrichstraße 46.
 Mozart: Requiem für Soli, Chor und Orchester.
 Brahms: Rhapsodie für Alt solo, Männerchor und Orchester.
 Brahms: Schicksalslied für Chor und Orchester.
 Eintrittskarten a 1 Mark an der Abendkasse. Textbuch 15 Pf.

Seßing-Theater.
 Direktion: Victor Barnowsky.
 7 1/2 Uhr: Die beiden Klingsberg.
 Nachm. 2 1/2 Uhr: Die gutgeschüttelte Ecke.
Deutsch-Künstler-Theater.
 7 1/2 Uhr: Der Reisebegleiter.
 3 Uhr: Schwarzer Peter.
URANIA Taubenstr. 48/49.
 Sonntag 4 Uhr (halbe Preise): **Die Bagdadbahn.**
 8 Uhr:
Winter in der Schweiz.
 Montag 8 Uhr: Alice Schalek.
 Drei Monate an der Isonzofront.
 Hörsaal 8 Uhr: Dr. A. Kellner: Eisen- und Metallgießerei (I. Teil).

Allgemeine Ortskrankenkasse Niederbarnim. Bekanntmachung.
 Seit 25. Dezember 1916 ab getrennt von unseren Mitgliedern wieder das Krankengeld bzw. Krankengeld für die auf einem Wohnort fallenden Feiertage. 273/16
Köln, Antonsorticher, Sockengüter.
Spezial-Arzt
 Dr. med. Hasche, direkt am Stadthaus
 Friedrichstr. 90
 Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleid., (bes. chron. Fälle, Chl.-Balken-Sin., Isonzo-Fälle, längste Behandlung ohne Verheilung, Blutuntersuchung, Nadel-Bele., Zellabbl., Sprechstunden 10-1 und 5-8, Sonn. 11-1.

Theater für Sonntag, 28. Januar.
 Deutsches Opernhaus, Charlottenb. 7 1/2 Uhr: **Lohengrin.**
 Friedrich-Wilhelmstadt, Theater. 3 Uhr: **Figaros Hochzeit.**
 7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus**
Gebr. Herrfeld-Theater
 7 1/2 Uhr: Der doppelte Buchhalter. Posse mit Gesang und Tanz.
 3 1/2 Uhr: Krieg im Frieden.
Kleines Theater
 8 Uhr: **Am Teetisch.**
 3 1/2 Uhr: **Henriette Jacoby.**
Komische Oper
 7 1/2 Uhr: **Der Puszt-Kavaller.**
 3 1/2 Uhr: Staatsanwalt Alexander.
Lustspielhaus
 7 1/2 Uhr: **Der selige Balduin**
 3 Uhr: **Der Bibliothekar.**
Thalia-Theater.
 7 1/2 Uhr: **Das Vagabundenmädchen.**
 3 Uhr: **Blondinen.**
Trianon-Theater
 7 1/2 Uhr: **Willis Hochzeitstag.**
 3 1/2 Uhr: **Die Waise aus Lowood.**

BERLIN
 Kottbuser Tor Hebb.-Haltest. **VIKTORIA-THEATER** Fernruf: Moritzpl. 148 14 (früher Sanssouci)
Gastspiel
HAGENBECK
 Täglich Abendvorstellung um 7 1/2 Uhr.
Heute Sonntag
2 Vorstellungen 2 Nachmittags 3 1/2 abends 7 1/2 Uhr.
 Vorverkauf: Theaterkasse Kottbuser Str. 6 und Wertheim.

Mozartsaal
 Nollendorfpf. 5
 Unser Kaiser im Felde.
HENNY PORTEN
 in: **Feenhände.**
 Gesellschaftsstücke in 3 Akten nach Motiven von Scribde.
 Gesellschaft von Rob. Wiene.
 Regie: Rudolf Niebrach
 Beginn 3 Uhr.

Das Recht während des Krieges
 und dem Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst !!
 Preis 40 Pf.
 Ein Buch, das Auskunft gibt über Familienunterstützung, Wöchnerinnenunterstützung, Kaufverträge, Miete, Abzahlungsgeschäfte, Arbeitsvertrag, Familienrecht, Arbeitsversicherung, Angestelltenversicherung, Zahlungsfrist u. v. a. Fragen, die das Rechtsverhältnis berühren.
Buchhandlung Vorwärts
 Berlin, Lindenstr. 3

Circus Busch
 Sonntag 2 Vorstellungen: 3 1/2 und 7 1/2 Uhr.
 In beiden Vorstellungen: Die eckelweide, beliebte große Circus-Ausstellung-Gentomine:
Die Geierprinzessin.
 Sacher das glänzende Programm.
 Nachmittags 1 Uhr frei, meitere halbe Preise.

Zirkus A. Schumann
 Der Zirkus ist gut geheizt.
 Sonntag, den 28. Januar 1917:
2 große Zirkus-Vorstellungen 2
 3 Uhr und 7 1/2 Uhr.
 In beiden Vorstellungen: das vollständige Programm und
Die Seeräuber
 Nachm. 1 angehör. Kind frei.
 Montag, den 29. Januar:
Der deutsche Schmied.
 (Keine Zirkusvorstellung.)

Stein unter Steinen
UT
 Anfang 8 Uhr.
 U.T. Rurfsündenbamm, Nollendorfpf., Friedrichstraße, Unt. den Linden: Nach dem Schauspiel von **Hermann Sudermann: Stein unter Steinen.** Regie: Felix Basch.
 Ende 10 Uhr.
Unser Kaiser im Felde.
 U.T. Alexanderpf., Weinbergsweg, Nollendorfpf., Hofenheide:
Jkarus.
 Nach dem Roman „Jkarus“ von Hermann Bang.
 U.T. Schöneberg, Dampfstraße: **Fliegende Schatten** mit Max Lande. Regie: F. Basch.
 U.T. Reinholdenborischehof: **Die Lieblingstau des Maharadscha.**

Casino-Theater
 Lothringer Str. 37. Täglich 7 1/2 Uhr.
 Um 7 1/2 Uhr: **Quintet Programm.**
 Um 8 1/2 Uhr: **Die Schlagschiffe**
 einzig in Groß-Berlin.
Zwei helle Berliner
 Berliner Quare - Berliner Figuren
 Sonntag 3 1/2 Uhr: **Einer vom U-Boot.**

Spezialarzt
 Dr. med. Coleman
 I. Geschlechtskrankh., Haut-, Harn-, Frauenleid., nerv. Schwäche, Bein-, Ehrlich-Hata-Kuren (Dauer 12 Tage). Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos oh. Berufstät. i. Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. I. Blut-unters., Fäden im Harn usw. gegenüber Friedrichstr. 81. Panoptikum Königstr. 84-86. Friedrichstr. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonn. 10-1. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separates Damenzimmer.

WINTERGARTEN
Heute: Nachm. 3 Uhr Abends 7 1/2 Uhr
 die letzten beiden **Sonntags-Aufführungen** der Ballettpantomime **„Die grüne Flöte“** Inszenierung von **Max Reinhardt** sowie der abwechslungsreiche **Varieté-Spielplan.**

Rose-Theater.
 Gastspiel Kaber Zerofal mit seinem Schiller/zer Damertheater:
 3 Uhr: **St. Georg der Drachentöter.**
 7 1/2 Uhr: **Wildes Blut.**
Walhalla-Theater.
 3 Uhr: **Wilhelm Tell.**
 7 1/2 Uhr: **Das Musikantemädchen.**

Palast
 Anfang 7 1/2, Soant. 8 1/2 u. 7 1/2
Letzter Sonntag!
„Berliner Bilder“
Otto Reutter
 u. d. große Januar-Programm.

Germania-Prachtsäle, Chaussee- str. 110. C. Richter.
 Jed. Sonntag P. Mantzges Lust-Sänger u. Konzert.
 Neues Prog. Anf. 6 1/2 Uhr. Eintritt 50 Pf., 10 Steuer, Militär 30 Pf.

Zuviel Steuern?
 Die Steuereinsparungen gehen den Steuerzahlern in den nächsten Wochen zu.
Auskunft gibt
 über die Höhe der zu zahlenden Steuern, über die abzugsberechtigten Ausgaben und alle anderen wissenswerten Fragen auf diesem Gebiet das Buchlein **Führer** durch das preussische Einkommensteuergesetz Mit 19 Formularen für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister
Vierte Auflage
 Preis 40 Pfg.
 Zu haben in allen **Vorwärts-Ausgabestellen** und in der **Buchhandlung Vorwärts** Lindenstraße 3.

Alpino
 FRIEDRICHSTR.-AN- DER-KOENIGSTR.
 Heute 2 Vorstellungen
 Nachm. 3 Uhr, abds. 7 Uhr 30
 In beiden Vorstellungen: Das vollständige Varieté-Programm und
Neptun auf Reisen
 Ausstattungsspiel i. 3 Bildern von Frz. Arnold u. Ernst Bach. Musik von Rudolf Nelson.

Palast
 Anfang 7 1/2, Soant. 8 1/2 u. 7 1/2
Letzter Sonntag!
„Berliner Bilder“
Otto Reutter
 u. d. große Januar-Programm.

Possen-Theater.
 Täglich 7 1/2 Uhr:
Der liegende Holländer.
Der alte Wolf.

Westmann's Trauermagazin
 Größte Auswahl. Billigste Preise.
 I. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)
 II. Or. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
 Auswahlsendungen sofort. Amt Zentrum 7060. Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
 Heute nachmittags 3 Uhr und abends 7 1/2 Uhr:
Cabaret Feldgrau.
 Nachmittags: Ermüd. Preise: Vorst. 30 Pf., Balkon 75 Pf., Logen 1 20.)

Volgt-Theater.
 Badstr. 56. Täglich: Badstr. 56.
Der Geizige.
 Eröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Sonntag, den 28. Januar:
 Nachm. 3 Uhr: **Der Geizige.**
 Abends 7 Uhr: **Der Geizige.**
 28. Montag, den 29. Januar:
Das Schloß am Meer.

Deutsches Bauwesen im Kriege
 Ausstellung von Fotografien in den Räumen der **Kgl. Akademie der Künste** Pariser Platz 4
 Hoch- u. Tiefbauten, die während des Krieges ganz oder zum größten Teil entstanden sind.
 Geöffnet 10-3. Eintritt frei.
 Dauer der Ausstellung: 28. Januar bis 11. Februar.

Kranzspenden
 sowie sämtliche **Blumenarrangements**
 liefert schnell und billig **Paul Gross,** Lindenstr. 59, Tel. 201 720

GARBÁTY CIGARETTEN
IN ALTER QUALITÄT

Kranzspenden
 sowie sämtliche **Blumenarrangements**
 liefert schnell und billig **Paul Gross,** Lindenstr. 59, Tel. 201 720

Berliner Konzerthaus.
 Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.
Heute: Gr. Konzert
 des Berliner Konzerthaus-Orchesters
 Leiter: Komponist Frz. v. Blon.
 Anfang 4 Uhr. Anfang 4 Uhr.
 An allen Wochentagen: **Nachmittags-Konzert** bei freiem Eintritt und voller Orchesterbesetzung.

Möbel-Angebot.
 Solide 2000erfirma liefert **Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen** sowie **Einzelmöbel** gegen mäßige Zinsvergütung bei keiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenabzahlungen. Effizient W. I an die Expedition des „Vorwärts“.
Keine Kassierer. **Größte Kulanz.**

Jogal
 rauh und tiger wirkend bei:
Gicht **Hexenschuß**
Rheuma **Nerven- und**
Ischias **Kopfschmerzen**
 Herzgl. glänzend bewirkt. — Hunderte von Anerkennungen. Ein Versuch überzeugt. Jogal-Tabletten sind in allen Apotheken erhältlich. Preis 20 Pf. 1.40 u. 2 Pf. 3.50

Todes-Anzeigen

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen.

Zahlstelle Berlin.

Als Opfer des Weltkrieges sind folgende Kollegen im Felde gefallen:

Wilhelm Brust, Fahrer
Schloßbrauerei.

Paul Junge, Fahrmittelfahrer
Brauerei Wanniger.

Karl Hunger, Brauer
Brauerei Vahenhofer, III. II.

Paul Launer, Handwerker-Hilfsarbeiter
Brauerei Schultheiß, III. IV.

Franz Bogeslawski, Flaschenkellerarbeiter
Brauerei Schultheiß, III. II.

Bruno Sperting, Flaschenkellerarbeiter,
Brauerei Hiesberg.

Ernst Kunschke, Betriebsarbeiter
Bierbrauerei U. G. Landré.

Franz Geister, Flaschenbierfahrer
Versuchs- und Lehrbrauerei.

Josef Steger, Brauer
Spandauer Bergbrauerei.

Otto Haasche, Referentfahrer
Brauerei Vahenhofer, III. I.

Wilhelm Wegner, Flaschenkellerarbeiter
Brauerei Vahenhofer, III. II.

Hermann Rühle, Stammann
Brauerei, III. I.

Gustav Bock, Flaschenkellerarbeiter
Versuchs- und Lehrbrauerei.

August Truskowski, Mälzerarbeiter
Schlammhölle.

Paul Musall, Müller
Gumboldtstraße.

Hermann Gühlow, Hilfsarbeiter
Brauerei Vahenhofer, III. I.

Hermann Nötzel, Flaschenkellerarbeiter
Brauerei Vahenhofer, III. II.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen und verstorbenen Kollegen gewidmet.

Clobig, Karl, Arbeiter,
Geboren 17. 7. 90 in Berlin.

König, Wilhelm, Former,
Geboren 6. 9. 74 in Krefeld.

Nitzki, Leo, Schlosser,
Geboren 20. 7. 88 in Gred.

Nusche, Otto, Arbeiter,
Geboren 6. 5. 84 in Dablin.

Schröder, Max, Fuhrer,
Geboren 18. 2. 83 in Buddenhagen.

Sellrich, Kurt, Former,
Verbandsangehöriger.

Geboren 9. 5. 72 in Venig.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

Friedrich Dittmar, Geschäftsdienst.

Wilhelm Hensel, Bierfahrer.

August Klein, Straßenbahner.

Hermann Mettke, Industriearbeiter.

Hermann Pützke, Müllfischer.

Wilhelm Radins, Straßenbahner.

Franz Rudolph, Industriearbeiter.

Wilhelm Runge, Geschäftsführer.

Ferdinand Schmidt, Feinbergsänger.

Paul Schulz, Müllfischer.

Ehre ihrem Andenken!

Die Bezirksleitung.

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands.

Filliale Berlin.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz
gefallenen Kollegen!

Am 23. Dezember 1916 starb im Vereinslazarett zu Berlin der Kollege

Wilhelm Mertens

geb. 29. Juni 1883.

Ferner starb am 14. Dezember 1916 infolge Verwundung der Kollege

Wilhelm Blumenthal

geb. 4. August 1872.

Des Weiteren fiel in Rumänien der Herrenmahl-Schneider, Kollege

Emil Buik.

164/10

Die Ortsverwaltung.

Hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber, unvergeßlicher
Vater, der treuliebende Vater seines einzigen Töchterchens, Bruder,
Schwager, Onkel und Neffe, der Landsturmmann

Richard Keller

in einem Feldlazarett am 19. 1. 17 an Lungenerkrankung gestorben ist.

In tiefer Trauer

19025 **Hedwig Keller geb. Pfarr, als Gattin, nebst Tochter.**

Du warst so gut, Ruhe sanft, geliebtes Herz,

Du warst so lieb, Dir der Frieden, uns der

vergessen werden wir Dich nie. Schmerz.

Mein lieber Vati, schlaf in Ruhe, Deine Liebe dich zu. Dein Liebling.

Verh. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.

Filliale Berlin.

Unseren Mitgliedern hiermit

zur Nachricht, daß der Kollege

Friedrich Schmidt

(Zustneider der Herrenkonfektion)

am 23. Januar im Alter von

45 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen

Montag, den 20. Januar, nach-

mittags 3/4 Uhr, auf dem alten

Georgenkirchhof in Weihenfeld,

Indischestraße, statt.

164/11 Die Ortsverwaltung.

Als Opfer dieses Weltkrieges

fiel durch Berufung am 30. De-

zember 1916 mein lieber Bruder,

Schwager und Onkel, der Lächler

Gustav Dalichow

dom. Inf.-Reg. 354, 1. Bat., 2. Komp.

Die trauernden Hinterbliebenen

Max Dalichow

nebst Familie.

18108

Gesangverein „Gesundbrunnen Harmonie“.

M. d. D. A. S. B.

Als Opfer des Weltkrieges

fiel am 24. Dezember 1916 unser

lieber, langjähriger Gesangs-

bruder, der Landsturmmann

Fritz Müller.

Wir werden sein Andenken in

Ehren halten.

Stimm schließt der Sänger.

60/5

Der Vorstand.

Als Opfer dieses Weltkrieges

fiel am 9. Januar 1917 mein

lieber Mann, Sohn und Bruder,

der Landsturmmann

Paul Zimpel

im 38. Lebensjahr

dem Inf.-Reg. 379 a. Komp.

Dies zeigen bestattet an die

trauernde Witwe 18106

Frieda Zimpel nebst Mutter,

Geldwäcker

und Schwagereltern.



Verein der Freidenker für Feuerbestattung.

Sitz Berlin.

Geschäftsstelle:

H. Müller, NW 23,

Cuxhavener Str. 15.

Gegründet 1905.

Kassierer:

L. Dentler, Neukölln,

Berliner Str. 85, Port. II.

Eintrittsgeld 1 M. — Monatlicher Beitrag 30 Pf.
Nach dreijähriger Mitgliedschaft kostenlose Einklassierung und Be-

setzung der Aschenkapel. — Aufnahme ohne ärztliche Unter-

suchung. — Nach 25jähriger Mitgliedschaft Beitragsfreiheit.

Generalversammlung

am Sonntag, den 28. Januar 1917, nachmittags 4 1/2 Uhr,
im „Rosenthaler Hof“, Rosenthaler Str. 11/12.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Vorstandes.
2. Wahl des Vorstandes.
3. Beschlussempfehlung über die Urnenstätte.
4. Beschlussempfehlung über die Herabsetzung der Karenzzeit.
5. Bericht vom Kultur-Kartell Groß-Berlin.
6. Beschlussempfehlung über den Beitritt zum preussischen und brandenburgischen Verband der Feuerbestattungs-Vereine.
7. Verschiedenes.

Das Modell der Urnenstätte kann vor der Versammlung
besichtigt werden.

Zutritt nur gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Achtung! Maler. Achtung!

Dienstag, den 30. Januar, abends 1/8 Uhr:

Öffentliche Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 5.

Tagesordnung:

Neuwahl für die auscheidenden Mitglieder des Gehilfenaus-

schusses gemäß § 41 des Innungsstatuts.

Wahlberechtigt sind die bei Innungsmitgliedern beschäftigten

volljährigen Gehilfen, welche sich im Besitze der bürgerlichen

Ehrenrechte befinden.

Wählbar ist jeder Gehilfe, welcher 1. volljährig ist und sich im

Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, 2. zum Amte eines

Schöffen fähig ist (§§ 31 und 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes),

3. im übrigen den Anforderungen des § 129 der Gewerbeordnung

entspricht.

Der Innungsvorstand: Der Gehilfenauschuß:

H. Kettig, Obermeister, Auguststr. 89. H. A. H. Kottin, Weihenfeld, Berliner Allee 251.

Abends 1/9 Uhr:

Berammlung sämtlicher im Malergewerbe

beschäftigten Personen.

Tagesordnung:

Wahl der Gehilfenrichter zum Innungsschiedsgericht und

Zustimmter für die Jahre 1917 und 1918 (§ 3 Ziffer 4 des

Innungsstatuts und §§ 3 und 4 des Nebenstatuts des Innungs-

auschusses).

Zur Teilnahme an den Wahlen ist nur berechtigt, wer das

25. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens einem Jahre im

Besitze des Schiedsgerichts Wohnung oder Beschäftigung hat.

Die Personen, welche zum Amte eines Schöffen unfähig sind, sind

nicht wahlberechtigt.

Wählbar zum Mitgliede des Schiedsgerichts ist, wer das

30. Lebensjahr vollendet hat, in dem der Wahl vorangegangenen

Jahre für sich oder seine Familie Armenunterstützung aus öffent-

lichen Mitteln nicht empfangen oder die empfangene Armen-

unterstützung zurückerstattet hat und im Bezirke des Schieds-

gerichts seit mindestens zwei Jahren wohnt oder beschäftigt ist.

Personen, welche zum Amte eines Schöffen unfähig sind, können

nicht berufen werden. 1803B

Der Gehilfenauschuß:

H. A.: Albert Kottin, Altheimstr. Weihenfeld, Berliner Allee 251.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Linienstr. 83-85.

Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.

Telephon: Amt Norden 183, 1239, 1987, 9714.

Achtung! Gürtler. Achtung!

Montag, den 29. Januar 1917, abends 6 Uhr:

Große Versammlung

aller Kollegen und Kolleginnen, welche

in Beleuchtungs- und Militäreffekten-

betrieben beschäftigt sind,

im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Diskussion.
3. Neuwahl des Branchenvorstandes,
- der gesamten Kommission, des Kassierers und der Revisoren.
4. Ver-

chiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen, auch derjenigen, die jetzt in anderen Betrieben tätig sind, dringend ersucht.

Metallarbeiter-Notizkalender für 1917

sind wieder erschienen und im Bureau sowie bei den Bezirks-

kassierern, das Stück zu 60 Pf., zu beziehen.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Sattler und Portefeuller.

Ortsverwaltung Berlin.

Achtung! Portefeulles- u. Reiseartikelbranche! Achtung!

Dienstag, den 30. Januar 1917, abends 8 Uhr, im

Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Branchen-Versammlung

aller in der

Portefeulles- u. Reiseartikelbranche beschäftigten Arbeiter

und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:

1. Wer hat die neue Feuerungsanlage zu zahlen und wer zu empfangen?
- Referent: Kollege H. Weinschild.
2. Branchenangelegenheiten.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreiche

Besuch Die Branchenleitung. H. A.: Paul Hauptmann.

In großer Auswahl

- Entstehende Filzkleider.** Seid- u. Filzkleid, Seidenkleid, Glockenform mit sehr feinem Besatz in einfarbig sowie best. Ausführung. Aus vorzüglichen Qualitäten Astrachan, Krimmer, Mohair-Filz in neuen Formen.
- Kostbare Pelzkleider.** Glockenkleid aus Seal-Bisam, Elestria, wunderbare Felle in allen Ausführungen. Vorzügliche gediegene Pelzkleider aus besten Fellen.
- Wunderbare Modell-Kostüme u. Mantelkleider** darunter Frachtenstücke, Kammgarn, Seide, Tuch, Medaille Frühjahr 1917, Winter-Kostüme, Sport etc. Kostüme, darunter auch Kostüme aus Tuch, Seide, Kammgarn usw.
- Praktische Gummi- u. Seidenmäntel,** entstehende Farbstellungen, wundervolle Formen, von einfacher bis zur elegantesten Ausführung.
- Gediegene Gummi- u. Seidenmäntel,** Glockenformen, darunter leichte Modelle.
- Gediegene Ulster,** molligste Qualitäten, beste Stoffe, einfach, mittel, hochfeln.
- Gediegene Ulster und Sportjacken,** darunter Originalmodelle.
- Anwahlenentungen** nach Ansehen gegen Anzahlung.
- Vorzügliche Ledermäntel, Lederpelzkleider,** Standmäntel, Seidenkleider, Fein-Sport-Mäntel. Röcke in schwarz u. farbig.
- Passender für stärkere Figuren** vorzüg.
- Sonntags geöffnet 12—2 Uhr.**

Westmann

I. Geschäft: Köpenickerstr. 37a. II. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 111. Rabatmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung

Spezialarzt

Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufs-entzug. 159/8. Sprechstunden: 11—1 und 6—8.

Göthes Werke

3 Bände 5 Mark

Heines Werke

3 Bände 5 Mark

Reuters Werke

3 Bände 5 Mark

Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 65, Lindenstr. 3

Münzen

Kaufm. Hall, Münzhandlg., Berlin Wilhelmstr. 46/47. 91/2*